

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.00 Mk. monatlich 1.20 Mk.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsseitige Kolonelle
oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Anzeigen

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 21. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Marſch auf Craiova.

Kämpfe zwischen Serre und Beaumont,
um Grandcourt und den St. Pierre-Baast-
Wald. — Vergebliche rumänische Angriffe
bei Campulung. — Neue Stellung bei
Monastir.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 20. No-
vember 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Das englische Artilleriefeuer war gestern im ganzen
geringer, stark nur auf beiden Ancre-Üfern. Zwischen Serre
und Beaumont sowie gegen unsere Stellungen südlich von
Miraumont in den Abendstunden vordringende Angriffe
scheiterten verlustreich.

Im Handgranatenkampf warf unsere Infanterie die
Engländer aus dem Westteil von Grandcourt hinaus.

In den Gegenangriffen der letzten Woche sind 22 Offi-
ziere und 900 Mann gefangen, 34 Maschinengewehre er-
beutet worden.

Erneut versuchte der Franzose, von Nordwesten her in
den St. Pierre Baast-Wald einzudringen; er wurde zurück-
geschlagen, obwohl starkes Feuer den mit frischen Kräften
geführten Angriff vorbereitet hatte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Bei starker Kälte war die Gefechtsaktivität durchweg
gering.

Front des Generaloberst Erzherzog Carl.

Unsere Operationen gegen die russisch-rumänische Front
nehmen planmäßig ihren Fortgang.

Nordöstlich von Campulung erschöpfen in täglichen, ver-
geblichen Angriffen die Rumänen ihre durcheinander-
geworfenen Verbände.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Secresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radenski.

In der Dobrudscha und längs der Donau bis zum Hafen
von Ostina (östlich von Silistria) Artilleriefeuer.

Mazedonische Front.

Die Einnahme der neuen Stellungen nördlich von
Monastir hat sich ohne Störung durch den Gegner voll-
zogen. Neue deutsche Kräfte haben die Kampfzone er-
reicht.

An der Roglena-Front sind serbische Vorstöße bei Bahovo
und Tuzin von den Bulgaren abgewiesen worden.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich, 20. November 1916. (W. Z. B.)

Abends Artilleriefeuer nördlich der Somme.

Unsere Truppen nähern sich Craiova, der Hauptstadt
der westlichen Walachei.

An der unteren Donau und an der Struma leb-
hafteres Feuer.

Der österreichische Bericht.

Wien, 20. November 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Secresfront des Generalobersten Erzherzog
Carl.

Die Operationen gegen Rumänien verlaufen planmäßig.
Nördlich von Campulung wurden wieder heftige Angriffe
abgeschlagen.

Secresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Nichts von Belang.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Keinerlei Ereignisse von Bedeutung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Dörfner, Feldmarschalleutnant.

Amerika und Deutschland.

Erklärungen Lanfings.

Köln a. Rh., 20. November. (W. Z. B.) Der „Kölnischen
Zeitung“ wird aus Washington telegraphiert: Staatssekretär Lan-
fing wird heute nachmittag in einer Besprechung mit Zeitung-
berichterstatern amtlich die Behauptung zurück, daß die
Belgische Regierung einen Bruch mit Deutschland be-
fürchte. Die Erzählungen dieser Art, welche in der „New Yorker
Evening Post“, der „Times“ und der „Tribune“ erschienen waren,
wurden für absurd und gänzlich unbegründet erklärt, wobei Lanfing
nachdrücklich betonte, daß die leitenden Regierungskreise
keine derartigen Besorgnisse hegten, zumal, seit Hinden-
burg und Ludendorff der Politik des Reichsanzlers zugestimmt
hätten.

Der Staatssekretär bestritt ferner, daß er einen schriftlichen Ein-
spruch des belgischen Gesandten gegen die Abschiebung arbeits-
loser Belgier nach Deutschland erhalten hätte, wie in einer
Erklärung des Gesandten (!) in der Presse gestern behauptet worden
war. Das Staatssekretariat habe nur mündliche Vorstellungen in der
Sache vor drei Wochen erhalten. Staatssekretär v. Jagow habe
eine formelle Mitteilung über Deutschlands Haltung zugesagt, welche
dann dem belgischen Gesandten übergeben werden sollte.

Der Unfall der „Deutschland“.

Köln, 20. November. (W. Z. B.) Der „Kölnischen Zeitung“
wird aus Washington telegraphiert: Der Unfall der „Deutsch-
land“ scheint rein zufällig gewesen zu sein. Drei Schiffs-
platten sind eingestochen und bilden einen Zahn. Der Vorder-
steven ist verbogen, aber die Gesamtanlage ist un-
beschädigt geblieben. Die bundesamtliche Untersuchung
des Schlepptampfers wird geheimgehalten. Das Verhör über
die Feststellung der Verantwortlichkeit wird eine Verzögerung
von wenigen Tagen verursachen.

Nach einer Londoner L.-U.-Meldung soll eine unmittelbare Ab-
reise der „Deutschland“ nicht zu erwarten sein, da sämtliche Mit-
glieder der Mannschaft des H.-U.-Bootes als Zeugen aufgerufen
sind. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht eine Meldung
des Londoner „Daily Telegraph“ aus New London, wonach als
Schadenersatz für das durch die „Deutschland“ gerammte Schlep-
boot gegen die Eigentümer der „Deutschland“ eine Forderung im
Betrage von 50 000 M. (N) pro Tonne des untergegangenen Schiffes
erhoben worden sei. Die „Deutschland“ liegt jetzt auf dem Unter-

platz, von dem sie abgefahren ist. Sie hat zu beiden Seiten des
Bug ein Loch. Das Bundesgericht hat eine Untersuchung über den
Vorgang angeordnet. Der Zusammenstoß erfolgte bei Mondschein.

Deutsch-norwegischer Ausgleich?

Kristiania 19. November. Der Vertreter von W. Z. B. meldet:
Der Ton der norwegischen Presse verändert sich sichtlich immer mehr
in veröhnlichem Sinne. Deutlich sieht man jetzt bei den meisten
Blättern die Absicht, sich mit Deutschland zu verständigen und den
schon früher angestrebten Ausgleich mit Deutschland über die
schwebende Streitfrage zu ermöglichen. Besonders bemerkenswert
ist „Morgenbladet“ Standpunkt, das im heutigen Leitartikel nun-
mehr ebenfalls zugibt, daß Form wie Zeitpunkt der norwegischen
U-Bootverordnung vom 13. Oktober glücklicher hätten gewählt werden
können.

Die norwegische Presse fühlt sich offensichtlich beeinflusst durch
ein gestriges Telegramm des Berliner Vertreterstatters von „Tidens
Tegn“ über die Auffassung an maßgebender Stelle in Deutschland,
daß Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiet
Grund zur Beschwerde habe. Gleichzeitig kündigt die Presse
aber an, daß auch auf diesem Gebiet zurzeit wichtige Verhandlungen
schwebten, die durch Entgegenkommen gegenüber den deutschen
Beschwerden einen Ausgleich erhoffen ließen. „Morgenbladet“ spricht
die Erwartung aus, daß dieser Ausgleich nicht nur für die Dauer
des Krieges vorhalten, sondern ein dauernd gutes Verhältnis Nor-
wegens zu Deutschland auch für die Zeit nach dem Kriege vor-
bereiten werde.

Russische schwarze Listen?

Wie die „Wiesbawer Wochenschrift“ vom 26. Oktober mitteilen,
wird demnächst in Regierungskreisen die Frage beraten werden, nach
dem Beispiel des verbündeten Englands eine Liste der neutralen
Firmen aufzustellen, mit denen der Handel für die Kriegsdauer so-
wohl Privatpersonen, wie Gesellschaften verboten werden soll. Diese
Maßregel wird damit begründet, daß es sich jetzt mit genügender Sicher-
heit herausgestellt hat, daß russische Waren durch Vermittlung neu-
traler Firmen in Feindesland gelangen.

In dem Entwurf wird unter anderem betont, daß England
seinen Untertanen mit folgender Anzahl neutraler Firmen den
Handelsverkehr untersagt hat: in Griechenland 25, in Holland 68,
in Norwegen 20, in Portugal 30, in der Schweiz 45, in Schweden 50.

Arbeiterlöhne
und Kriegsgewinne.

Von Otto Sue.

Von der Frage der Zivilienpflicht ist
die Frage der Kriegsgewinne nicht zu trennen. Die
Arbeiter sind bereit, für das Volksganze alle
Kräfte herzugeben, sie haben aber keine Neigung, für
den Privatprofit des kriegsindustriellen Unternehmers
den gleichen Opfer zu bringen. Der folgende Artikel
ist darum von aktuellem Interesse. D. Wob.

Der steigende Unwille der breiten Massen über die
riesenhaften Kriegsgewinne hat die Interessenten
veranlaßt, durch Beauftragte in der Presse und sonstwo den
Beweis zu führen, daß die beispiellos hohen Gewinne nur ein
Entgelt für „außerordentliche Leistungen in außerordentlicher
Zeit“ darstellen und überdies — in den „außerordentlich
hohen Arbeiterlöhnen“ Seitenstück und Begründung fänden.
Der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-
industrieller, Herr Dr. Reichertz, war es, der in der
Generalversammlung dieses Vereins die Formel prägte, daß
„außerordentliche Leistungen auch außergewöhnliche Ver-
gütungen rechtfertigen“, womit die jetzigen Betriebsüber-
schüsse der Eisenindustrie gerechtfertigt werden sollten. Wer
wollte nicht zugeben, daß für besondere Leistungen auch ent-
sprechende Belohnungen zu fordern wären? Wer wäre so
töricht, in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zu erwarten,
daß die Unternehmer ihre Schornsteine ohne Profit rauchen
liehen? Eine solche Erwartung hegen wir alle nicht.

Darauf kommt es aber jetzt nicht an, sondern es fragt
sich, ob der Unternehmervogel nicht selbst über das nach
„bürgerlichen Begriffen“ erlaubte Maß hinausgeht, ob die
Preissteigerungen wegen der Selbstkosten gerechtfertigt sind —
namentlich wegen der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter —,
und welche Wirkungen die Ueberpreise auf die gesamte
Volkswirtschaft sowie auf die Reichs- und Staatsfinanzen
ausüben.

Die „Nationalzeitung“ bringt in ihrem Handelsteil vom
Sonntag, den 19. d. Mis., einen Artikel über „Die Preis-
bildung in der deutschen Industrie“, eine Stimmungsmache
perversester, allerdings auch ungefehltester Art. Es ist in
der sozialdemokratischen Presse schon seit Kriegsbeginn immer
wieder an die zuständigen Behörden appelliert worden, recht-
zeitig mit angemessener Höchstpreissetzung vor-
zugehen, sonst würde sich ein Preistreiber auf den anderen
berufen. Das tut der Artikelverfasser in der „National-
zeitung“ ungeniert, indem er auf die fabelhaft hohen Fisch-,
Büchse- und Obstpreise hinweist und dann fragt, warum
unter solchen Umständen „der Industrie“ eine „mäßige Preis-
erhöhung“ verweigert werde. Einer beruft sich auf den anderen.
Dann heißt es, der „Industrie“ könne „wahrlich niemand den
Vorwurf der Preistreiberei machen; sie ist nur gezwungen
gen, die Preise zu erhöhen, weil sie ihrerseits die Löhne
auf das Doppelte (!!!) erhöhen muß...“ Hierauf heißt
es wörtlich weiter:

„Es gibt heute ungelernete Arbeiter, die bis zu 500 M. (!)
monatlich, und gelernte, die bis zu 800 M. (!) im Monat ver-
dienen, und es ist bisher (durchaus mit Recht) niemand einge-
fallen, sich darüber zu enträsten; aber da die Verhältnisse nun
einmal so liegen, da die Industrie die geforderten Löhne, selbst
wenn sie in der verteuerten Lebenshaltung nicht begründet sind,
bewilligen muß, so ist die Industrie ebenfalls gezwungen, wenig-
stens bis zu einem gewissen Grade dieser Verteuerung des Pro-
duktionsprozesses in den Verkaufspreisen zu folgen, und es wäre
ein unbilliges Verlangen, daß von der tatsächlich doch bestehenden
Hochkonjunktur ganz allein der Arbeiter den Nutzen haben sollte
(den man ihm gewiß gerne gönnt), der Unternehmer aber nicht.“

Wohin die ungeheuerlichen Lohnangaben zielen, an
welchen Stellen damit Eindruck gemacht werden soll, das sieht
ein Blinder mit dem Stocke. Die Erzählung von dem 36-Mark-
Tagesverdienst der Berliner Lohnschlichter wird immer
noch kolportiert, jetzt kommen die 500- und 800-Mark-
Monatslöhne von Industriearbeitern als neues „Stimmungsbild“
hinzu. Wir sind begierig, zu erfahren und fordern
darüber genaue Angaben, welche „ungelernten“
Arbeiter „bis zu 500 Mark“, welche „gelernten“ Arbeiter
sogar „bis zu 800 Mark im Monat verdienen“! Wir wollen
einmal die Möglichkeit annehmen, daß ganz besonders hoch-
qualifizierte Spezialarbeiter zum Beispiel in der feinmecha-
nischen Instrumenten- und Apparateindustrie den angege-
benen Monatslohn ausnahmsweise einmal erhalten haben für
ganz außerordentliche Leistungen. Aber bitte, man bezeichne
uns die in Betracht kommenden Arbeiter, damit wir die Fälle
nachprüfen können. Uns sind die Lohnverhältnisse in der
Berliner Metallindustrie, wo zurzeit, dank der intensiven
Gewerkschaftsvertretung, wohl die höchsten Stun-

Denkmal erzielt werden, ziemlich gut bekannt. Wenn selbst hier der bestqualifizierte Spezialarbeiter monatlich „bis zu 800 Mark verdient“, dann müßte er monatlich 30 Schichten machen und dann noch pro Schicht über 26 Mark erhalten!!! Gibt es überhaupt solche Arbeiterlöhne? Bitte, nun noch und weiter nennen!

Gesetzt aber den Fall, die Arbeiterlöhne seien allgemein verdoppelt worden — was absolut nicht der Fall ist! — demgegenüber steht eine Verteuerung der Lebenshaltung von weit, weit über 100 Proz.! Erklärt doch die „Nationalzeitung“ selbst, daß z. B. Stiefische „300 Proz. mehr kosten als früher“, die gleiche Preiserhöhung auch für Obst eingetreten ist. Für Kartoffeln, heute die Hauptnahrung, muß weit mehr als das Doppelte im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege gezahlt werden, Fleisch- und Fettwaren sind dreimal teurer als früher. Also, wenn die Löhne allgemein um 100 Proz. gestiegen wären, würde noch längst kein Ausgleich geschaffen sein. Aber die Löhne sind bei weitem nicht verdoppelt worden! In der rheinisch-westfälischen Hüttenindustrie stieg der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst 1915 nur um rund 200 M. auf nicht 2000 M. Der durchschnittliche Schichtverdienst der Gesamtbergarbeiterschaft in Preußen betrug im 2. Vierteljahr 1914 nur 4,65 M., im 2. Vierteljahr 1916 war er auf 5,52 M. (nur 18,7 Proz. Erhöhung) gestiegen! Das sind amtliche Zahlen, von einer Lohnverdoppelung erzählen sie uns nichts. Wo sind also die Arbeiter, die „bis 500“ oder gar „bis 800 M. monatlich verdienen“? Verdienen mögen sie diese Löhne für ihre außerordentlichen Leistungen, aber bekommen sie diese Summen auch ausgezahlt? Das möchten wir wissen.

Der Artikelschreiber in der „Nationalzeitung“ beschuldigt die Kritiker der hohen industriellen Kriegsgewinne, sie handelten „aus Unkenntnis heraus“. Er versichert, die höheren Gewinne resultierten aus höheren Ablieferungen und fragt vorwurfsvoll, „wenn ein Werk 15 000 Tonnen Stahl abliefern“, ob dann nicht „1 1/2 mal mehr dafür zu erlösen“ sei „als für 10 000 Tonnen?“ Diese Frage beweist, daß der betreffende Herr sich in großer Unkenntnis über die Industrieverhältnisse befindet, trotzdem sich vertwegen als genauen Kenner aufspielt.

Es wird eben jetzt nicht „1 1/2 mal mehr“ Stahl abgeliefert als vor dem Kriege, weil die Stahlerzeugung bedeutend geringer ist. Charakteristisch für die Bergwirtschaft ist ja eben, daß die beispiellosen Betriebsgewinne bei geringerer Produktion erzielt wurden. Die führenden Großfirmen, wie Laurahütte-Kattowitz, Höhnitz, Rheinstahl, Deutsch-Luxemburg, Hoersch, Gutehoffnungshütte usw., haben durchweg im letzten Geschäftsjahr gegen die Zeit vor dem Kriege weniger Kohlen gefördert, weniger Roheisen und Hochofen erzeugt, dabei aber ihren Umsatzwert außerordentlich gesteigert. Beispielsweise hatte Höhnitz 1915/16 rund 5 650 000 Tonnen Gesamtverband, 1912/13 waren es 7 252 000 Tonnen, der Absatzwert aber stieg gleichzeitig von 295 auf 305 Millionen Mark — die ausgezahlte Lohnsumme ging von 68,2 auf 64,3 Millionen Mark zurück!!! Der Bochumer Verein erhöhte 1915/16 seinen Absatzwert von vorjährig 54,7 auf 112,8 Mill. Mark, den Betriebsüberschuss von 11,8 auf 22,6 Millionen Mark, die Lohnausgaben gingen von 38,5 auf 25,6 Proz. des Absatzwertes zurück!!! Und trotzdem wird behauptet, die Lohnausgaben beanspruchten wegen ihrer „Verdoppelung“ einen „immer größeren Teil der Selbstkosten“.

Die Generaldirektion der oberschleischen Königs- und Laurahütte berichtet ihren Aktionären, 1915/16 sei „das beste Geschäftsjahr seit Bestehen der Gesellschaft“ gewesen. „Zu merktenmal“ stehe sie „ohne Schulden“ da, „es bleibe sogar ein nicht unbedeutendes Bankguthaben“. Bieviele Volksgenossen — nicht nur die Lohnarbeiterschaft, auch der „bedürftige Mittelstand“ sei betrachtet — können von sich sagen, sie hätten ausgerechnet während des Krieges ihre Vermögenslage so verbessert, daß sie nun sogar Bankguthaben hätten? Das wolle man bitte berücksichtigen, wenn über die Gewinne in der Industrie gerurteilt wird.

Gerade jetzt kommt der neue Geschäftsbericht der großen Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft Gutehoffnungshütte (Oberhausen) heraus. Dieser Bericht kennzeichnet drastisch die verwegene Stimmungsmache für neue Preiserhöhungen. Wir stellen folgende Hauptzahlen aus dem letzten Geschäftsbericht der Gutehoffnungshütte zusammen und vergleichen sie mit den Ergebnissen der beiden Jahre vor dem Kriege:

	1915/16	1918/14	1912/13
Kohlenförderung in 1000 Tonnen	3278,8	8849,7	3728,7
Eisenerzförderung, Tonnen	419 144	605 804	520 887
Hohleisenproduktion, Tonnen	597 015	814 074	787 028
Stahlerzeugnisse, Tonnen	498 518	617 650	635 927
Umsatz in 1000 Mark	168 011,2	187 861,4	188 812,9
Löhne und Gehälter in 1000 Mark	48 591,2	51 270,1	47 276,9
Bruttoüberschuss in 1000 Mark	43 872,8	20 608,6	24 566,1
Reingewinn in 1000 Mark	23 407,8	6 991,6	9 518,1
Dividende in Mark	6 000 000	3 000 000	6 000 000
vom Aktienkapital	20%	10%	20%

Der „genaue Industriefenner“ in der „Nationalzeitung“ will der Deffentlichkeit glauben machen, die hohen Gewinnsteigerungen resultierten aus stärkeren Ablieferungen. Das gerade Gegenteil ist richtig. Förderung und Erzeugung sind 1915/16 bedeutend geringer als 1912/13 und 1913/14, aber die ganz erheblichen Preissteigerungen haben eine gewaltige Zunahme des Umsatzwertes bewirkt. Und die kolossale Erhöhung des Betriebsüberschusses beweist doch klipp und klar, daß die Preiserhöhungen bereits weit über die Selbstkostensteigerung hinausgegangen sind.

Ganz besonders lehrhaft ist der Ausgabeposten: Löhne und Gehälter. Wir sehen, daß an Löhnen und Gehältern 1915/16 über 2 Millionen Mark weniger als 1913/14 ausgegeben sind! So also steht es mit den angeblich „fortgesetzt gestiegenen Lohn- und Gehältern“. 1913/14 wurden 37 Proz. vom Umsatzwert an Lohn und Gehalt verausgabt, 1915/16 aber nur 29 Proz.! Die Arbeiter und Beamten haben in der Tat Außerordentliches geleistet, ihre Vergütung dafür ist aber keineswegs außerordentlich. Wer erhält nun die außerordentlich, beispiellos gestiegenen Betriebsüberschüsse? Die Empfänger und Ruhnießer sind die Aktionäre, von denen erst einmal nachgewiesen werden soll, was sie denn „Außerordentliches“ geleistet haben. Bereits ungeheurer reiche Aktienbesitzer erhalten nun noch außerordentlich erhöhte Einnahmen — und was leisteten gerade diese Herren für diese exorbitanten Mehreinnahmen?

Eine Preiserhöhung gebiert die andere. Die Lebenshaltung der breiten Masse wurde dadurch schon außerordent-

lich verteuert; einen Ausgleich durch angemessene Lohn- und Gehaltserhöhung erhält nur ein so winziger Teil gewerblich Tätiger, daß dies für die Allgemeinheit gar nicht ins Gewicht fällt. Die Reichsmilitärverwaltung aber, aus deren Bestellungen die kolossalen Unternehmergewinne hauptsächlich resultieren, woher nimmt sie das Geld? Die Reichskasse muß zahlen, und alle Ausgaben belasten die Bevölkerung des Reiches. Ist es nicht unerhört, daß trotz nachweislich fabelhaft hoher Unternehmergewinne jetzt wieder Stimmung für weitere Preiserhöhungen gemacht wird!?

Zum Thema „Zivildienst und Kriegsgewinne“ schreibt Theodor Wolff im „Berl. Tagebl.“: „Die Bedenken und Bedingungen, die man vorbringen kann, richten sich nicht gegen den gerechten und einwandfreien Grundgedanken des Planes, sondern gehen allein die Ausführung an. Eine Arbeitsverpflichtung der Gesamtheit darf nicht zu einer neuen Bereicherung der im Kriegsgewinn schwelgenden Unternehmer und Aktionäre führen. . . .“ „Vorteil, Privilegien und Verdienst des einzelnen im Kriege müssen fortfallen.“

In der „Welt am Montag“ fordert H. v. Gerlach eine Begrenzung der Kriegsgewinne auf 10 Proz. der Herstellungskosten:

Die Industrie verdient teilweise durch den Krieg ungeheure Summen. Die Dividenden erheben sich vielfach über das Friedensniveau und erreichen manchmal eine geradezu phantastische Höhe. Der Arbeitszwang wird im Staatsinteresse eingeführt. Aber er kommt keineswegs in der Hauptsache direkten Staatsunternehmungen zugute. Die Rüstungsindustrie ist ja unglücklicherweise Privatunternehmen. Für die Allgemeinheit arbeiten, selbst gezwungen arbeiten, kann ein erhebendes Gefühl sein. Gezwungen sein, fremden Aktionären hohe Dividenden zu erarbeiten, ist es sicherlich weniger.

Als Ungerechtigkeit müßte es empfunden werden, wenn man die Menschen als Arbeitskräfte dem Zwange unterwürfe, vor den Menschen als Inhabern der Produktionsmittel aber halt machte und hier alles dem freien Spiel der Kräfte überließe.

Der Arbeitszwang ist ebenso wenig Sozialismus wie die bisher fälschlich vielfach als „Kriegssozialismus“ bezeichnete Nationalisierung. Aber sozialistische Konsequenzen werden sie beide haben. Am Ende jedes Wirtschaftszwanges steht als unausweichlich logische Schlussfolgerung der Sozialismus.

Die Forderung des Politikers v. Gerlach bekämpft im selben Blatte der Volkswirtschaftler Bruno Buchwald: „Die Berechnung der Selbstkosten, namentlich in einem umfangreichen Fabrikationsbetriebe, ist außerordentlich schwierig; noch schwieriger ist deren Kontrolle. Ohne eine umfassende Nachprüfung ist aber die Heeresverwaltung vollständig auf die Angaben angewiesen, die die Industrie ihr macht; sie wird daher die Selbstkosten möglichst hoch ansetzen, ohne daß in der überwiegenden Zahl der Fälle der Nachweis einer absichtlichen Schädigung des Auftraggebers erbracht werden kann.“

Der Widerstand der Schweiz.

Basel, 19. November. (B. Z. V.) Die „Basler Nachrichten“ schreiben zu der Antwort auf die Entente-Note: Wenn der Bundesrat die Note der Alliierten, die durch ihre Forderungen weite Kreise unseres Volkes unangenehm überrascht hat, in dieser Weise ablehnend beantwortet, so müssen ihn dazu schwerwiegende Gründe veranlassen haben. Abgesehen von den durchschlagenden Gründen der Antwort selbst, scheint sich aus ihr der feste Wille des Bundesrats zu ergeben, das schweizerische Wirtschaftsleben nicht mehr weiter einschnüren zu lassen.

Bern, 20. November. (B. Z. V.) „Democrate“, das den Mittelmächtigen feindliche Organ der Westschweiz, schreibt zur Entente-Note u. a.: Wir haben eine Diskussion auf dem Boden des Rechts und der Billigkeit nicht zu fürchten. Wenn die Alliierten ihre Machtmissbrauch wählten, so könnten sie Vorteile nur erlangen um den für sie sehr schweren Preis der Verletzung jener Grundsätze, als deren Verfechter sie sich ausgeben.

Englische Beschlagnahme amtlicher schweizerischer Pakete.

Bern, 20. November. (B. Z. V.) In der auf dem Dampfer „Noordam“ durch englische Behörden erfolgten Beschlagnahme zweier mit dem amtlichen Siegel der Schweizer Regierung versehenen Pakete mit amtlichen Dokumenten schreibt der „Bund“: Wir nehmen von der Meldung erst in einem Zeitpunkt Notiz, wo das schweizerische politische Departement die Unterjochung der Angelegenheit abgeschlossen hat. Wie wir vernehmen, befreit sich die Nachricht in vollem Umfange. Es handelt sich um einen Gelegenheitskurier, der zwei veriegelte Pakete mit amtlichen Dokumenten mit sich führte. Das politische Departement ist durch die schweizerische Gesandtschaft unterzählig in London vorstellig geworden. Nach den neuesten Berichten sind hierauf die Pakete zurückerstattet worden. Der „Bund“ fügt hinzu: Es ist wohl selbstverständlich, daß gleichzeitig eine Würgschaft gegen solche Uebergriffe verlangt wurde.

Regierung und Duma.

Ministerkrise in Rußland?

Die ersten Nachrichten, die über die Eröffnungsitzung der Duma nach Deutschland gelangten, verschwiegen wichtige Vorgänge. Vor einem Jahre, als die Duma während der erregten Tage der inneren Krise zusammentrat, wurde ebenso verfahren. Wie damals, wird auch jetzt erst hinterdrein bekannt, daß stürmische Dinge in der Duma gesprochen wurden.

Heftige Anklagen wurden von der Dumatriebüne gegen die Regierung geschleudert. In der Programmklärung des fortschrittlichen Blocks hieß es nach einer Petersburger Meldung der „Times“, die Regierung ignoriere die Interessen des Volkes, da sie sich stets mit Männern ergänze, die die Fehler ihrer Vorgänger in beständig höherem Grade beäßen. Das Mißtrauen gegen die Regierung sei im Volke durch ein Gefühl lebendig, das der Erbitterung gleichkomme. Die allerwichtigste Frage, nämlich die Lebensmittellieferung, sei von der Regierung im allerschlimmsten Grade vernachlässigt. Ganz Rußland leide unter dem Lebensmittelmangel. Die Sensivros und andere öffentliche Verbände hätten schon lange den Mut verloren, sich an der Arbeit für das Vaterland zu beteiligen. Die ganze Presse sei geknebelt. Der Kadettenführer Miljukow richtete einen scharfen Angriff gegen die russische Diplomatie und gegen die Regierung.

Miljukows Kritik war, wie in der „Times“ gesagt wird, so vernichtend für die Regierung, daß seine Rede in den amtlichen Bericht über die Dumasitzung nicht aufgenommen wurde. Die Rede wurde indessen von der ganzen Duma mit der größten Aufmerksamkeit angehört. Genau wie vor einem Jahr.

Die englische Presse maß den Vorgängen sofort eine große Bedeutung bei. Man äußerte, nach Miljukows Rede scheine ein Zusammenarbeiten von Regierung und Duma ausgeschlossen. Darauf deutet auch eine heute von Wolff übermittelte Auslassung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hin, der nach einem Londoner Blatte aus Petersburg meldet: Nach den Vorgängen bei der Eröffnung

der Duma kann man kaum annehmen, daß die Stellung des Kabinetts unverändert bleiben werde. Für den Kriegsminister Schurowa und den Marineminister Grigorowitsch ist es unmöglich, zusammen mit allen ihren Kollegen weiter zu arbeiten, entweder müssen sie zurücktreten oder ein anderer. Alle wahren Freunde Rußlands und der Entente hoffen, daß Schurowa und Grigorowitsch im Amte bleiben werden.

Wenn die „wahren Freunde Rußlands und der Entente“ sich solchermassen für die Gefährdeten einsetzen, werden sie die Krise, sofern es wieder zu einer solchen kommt, so zu schieben wissen, daß sie für die Forderungen der Linken so verläuft, wie die Krise von 1915. Sie haben die Mittel, auf die Rußland hört. Es gibt dann allenfalls ein wenig Personenwechsel, aber die eigentliche Schutzmannschaft des alten Systems verliert keinen Sitz.

Die Stimmung in Rußland.

Stockholm, 20. November. (Z. U.) Die Regierungskreise verweisen zur Aufrechterhaltung des Kriegswillens nur noch auf die in Deutschland, namentlich im Reichstag, angeblich stark hervortretende Kriegsmüdigkeit, ergeizen aber zugleich zur Bekämpfung der russischen Kriegsmüdigkeit die schärfsten Maßnahmen. Charakteristisch ist die von „Utro Rossij“ mitgeteilte Verfügung des Gouverneurs von Tallinsk, die in vier besonderen Kreisen des Gouvernements Pskow allen Personen, namentlich aber den Juden, die dem Verfechten von Angehörigen des Heeres oder der Marine Vorstoß leisten oder Soldaten zur Desertion verhelfen, bis zu acht Jahren Zwangsarbeit androht. Das Hauptindustriekomitee versagte die Schließung der im Orel 1915 gegründeten Kriegsmaterialfabrik, die unter dem Vorwand von Kriegsarbeiten ausschließlich bezweckte, große Scharen wohlhabender Leute als unablösblich zu erklären. Drei Fabrikanten, die die Fabrik gründeten, wurden verhaftet. Das Ministerium der Volksaufklärung erließ einen Bunderlah an sämtliche Lehrbezirke, daß wegen Einberufung aller seit 1893 Geborenen keine Studenten dieser Jahrgänge aufgenommen werden dürfen.

Die Entente-Arbeit in Griechenland.

Admiral Journets Note.

Bern, 20. November. (B. Z. V.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Admiral Journet hat eine neue Note überreicht, die die Uebergabe von Waffen, Munition und sonstigem Material beschleunigt wissen will. Das zu übergebende Kriegsmaterial soll der Ausrüstung zweier griechischer Jahrgänge entsprechen.

Amsterdam, 20. November. (B. Z. V.) „Times“ meldet aus Athen: Der Ministerrat hat entschieden, daß es unmöglich sei, den in der letzten Note des Admirals Journet enthaltenen Forderungen nach Auslieferung von Kanonen, Gewehren, Granaten und Eisenbahnwagen Folge zu geben. Man ist in militärischen Kreisen anscheinend fest entschlossen, dies um jeden Preis zu verhindern. Die Lage ist beunruhigend, besonders mit Rücksicht auf die Haltung des Neutralitätsbundes. Es scheint festzustehen, daß Briand am Sonnabend dem Könige telegraphisch den Rat gegeben hat, sich von den schlechten Einflüssen freizumachen und die freundschaftlichen Beziehungen zur Entente wiederherzustellen, ohne aber die Neutralität aufzugeben. Am Sonntag hat der König Admiral Journet in Audienz empfangen.

Die neutrale Zone.

Amsterdam, 20. November. (B. Z. V.) Nach einem hiesigen Blatt meldet die Londoner „Times“ aus Athen: Die neutrale Zone zwischen dem treugebliebenen und dem aufständischen Griechenland soll drei bis sieben Kilometer breit sein. Sie soll sich erstrecken von Ritschori am Golf von Saloniki über Gollimant nach der albanischen Grenze, wie diese auf der Londoner Konferenz entworfen war. Ferner nördlich von Bronbula nach Armatowa. Die Athener Regierung ist damit einverstanden, wünscht jedoch, daß Serbidje Gredona und Ritschori unter ihre Untertänigkeit fallen.

Das Todesurteil gegen die Tschechenführer rechtskräftig.

Wien, 20. November. (B. Z. V.) Der oberste Landwehrgerichtshof hat heute vormittag die Nichtigkeitsbeschwerde der Angeklagten Dr. Kramarz, Dr. Rasin, Cerwinka und Jamagal, die wegen Hochverrats und Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates bezw. wegen Auspöhlung zur Kriegszeit zum Tode verurteilt worden waren, als teils unzulässig, teils unbegründet zurückgewiesen. Damit hat das Urteil Rechtskraft erlangt.

Der Seekrieg.

Verlorene Schiffe. „Lloyd's“ meldet, daß der italienische Dampfer „Zala“, der englische Dampfer „Lady Carrington“ (3920 Tonnen) und der portugiesische Dampfer „San Nicolo“ vermisst worden sind. — Laut „Temps“ wurden der englische Dampfer „Tranarwad“, der italienische Dampfer „San Giovanni“ (1200 Tonnen), die französischen Segelschiffe „Professeur Jalaquier“ (223 Tonnen) und „Lelia Riquette“ (164 Tonnen), von deutschen U-Booten versenkt. Aus Madrid wird dem „Temps“ berichtet, daß der portugiesische Transportsdampfer „Machio“ versenkt wurde. Der Dampfer ries durch Funksprache um Hilfe. Die ausgehenden Schiffe konnten ihn jedoch nicht finden. Man nimmt an, daß er versenkt wurde. (Hbz. Nachr.)

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 19. November, nachmittags. (B. Z. V.) Die Nacht war auf der ganzen Front verhältnismäßig ruhig. Flugdienst. Es bestätigte sich, daß Feldwebel Dorme am 16. November in der Nähe von Karakötepe sein sechzehntes deutsches Flugzeug abgeschossen hat.

Orientarmee. Vom Dojran-See bis zum Wardar lebhaft Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien. Im Osten legen die Serben ihre Vorrücken auf Gumnista fort, und sie haben diesen Ort eingeschlossen. In der Gerna-Region haben die Serben einen neuen bulgarischen Gegenangriff auf die Höhe 1212 abgelehnt. Der Feind zieht sich in Unordnung nach Norden zurück und wird von den Serben verfolgt, die den Rand des Berglandes 1278 erreichten. In der Gegend südlich von Monastir haben die französischen und russischen Truppen neue Fortschritte in der Richtung auf Doleben gemacht. Englische Flieger haben feindliche Lager bei Serres mit Bomben belegt. Andere Flieger belegten Gimal und Unterläufe bei Koval und Monastir mit Bomben. — Truppen der Orientarmee sind heute morgen um 8 Uhr in Monastir eingedrückt. Heute ist der Jahrestag der Einnahme dieser Stadt durch die Serben im Jahre 1912.

Vom 19. November abends. Ruher heftiger Beschließung des Forts Douaumont und seiner Umgebung ist von der ganzen Front nichts zu melden.

Belgischer Bericht. Lebhafter Kampf mit Bomben in der Gegend von Steensraet und Boefinghe. Die Artillerietätigkeit war heute geringer als an den vorhergehenden Tagen.

Englischer Bericht vom 19. November nachmittags. (B. Z. V.) Die Lage ist unverändert. Das Wetter ist weiter regnerisch und stürmisch. — Vom 19. November abends. Die Lage ist unverändert. Die Zahl der gestern an der Ancre gemachten Gefangenen beträgt

20 Offiziere und 752 Mann, was eine Gesamtzahl von 6062 seit dem 13. November ergibt.

Italienischer Bericht vom 13. November. (W. L. B.) Im Etichal beschoß der Feind in der Nacht zum 18. November unsere Stellungen längs deränge des Monte Giovo südlich des Cameracastell. Sodann griff er mit Infanterieabteilungen das Dorf Defano an, das von uns am 28. Oktober besetzt worden war. Er wurde durch Gegenangriff zerstreut. Im Hochhut griffen die feindlichen Truppen nach heftiger Artillerievorbereitung am Abend des 17. November den Frontabschnitt vom Kleinen Pal bis zum Großen Pal an. Sie richteten ihre härtesten Anstrengungen gegen unsere Linien auf dem Gipfel des Chapot nördlich des Kleinen Pal. Nach heftigem Handgemenge wurde der Gegner auf der ganzen Angriffsfront vollständig geschlagen. Kleine feindliche Gruppen, denen es gelungen war, in unsere Gräben auf dem Chapot einzudringen, wurden vernichtet. Wir machten einige Gefangene und erbeuteten Waffen und Munition, die der Feind auf der Flucht zurückgelassen hatte. Auf der Front der Julischen Alpen hielt die Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien gestern trotz des schlechten Wetters an. Cadorna.

Kleine Kriegsnachrichten.

Im neuen Hindenburg-Brief ist verächtlich im vorletzten Satz das Wort „Ihrer“ groß geschrieben worden. Die betreffende Stelle hat zu lauten: „Das hatte ich bei meiner Bemerkung über die großzügig zu organisierende Vorbereitung durch die Führer der Landwirtschaft im Auge. Ich vertraue zu fest auf den bewährten patriotischen Sinn der deutschen Landwirte, als daß ich an dem Erfolg ihrer Aufklärungsarbeit zweifeln könnte.“

Ausläufe in Brüssel. Nach dem „Belgischen Courier“ haben am Mittwoch vor den Brüsseler Kirchen St. Gudule und St. Jacques-Condensberghe „politische Demonstrationen in größerem Umfang“ stattgefunden, infolge deren einzelne Deutsche „von der Menge“ beschimpft wurden. Daraufhin hat der Gouverneur von Brüssel für Vergnügungslokale, Gasthäuser, Cafés und Geschäfte den Achtuhrschluß angeordnet und den Aufenthalt auf den Straßen von 8 1/2 Uhr abends bis 4 Uhr morgens im allgemeinen untersagt.

Die russischen Butterpreise. Die Großhandelspreise im Hauptmittelpunkte der russischen Buttererzeugung — Wolodga — haben bereits für ungelagerte gute Butter 85 Rubel das Pud erreicht. Da die Nachfrage weiter das Angebot sehr stark überwiegt, wird nach einem aus Wolodga vom 29. 10. datierten Bericht in der „Torgowoo-Trombischennaja Gasetta“ vom 8. November der Preis bald auf 100 Rubel das Pud (6,25 M. das halbe Mito) steigen, wenn nicht in den freien Handel eingegriffen wird.

Berlin, 28. November. Der Reichskanzler reiste am Sonnabendabend zu kurzem Aufenthalt in das Große Hauptquartier.

Die deutschen Zivilisierungen in Madagaskar. Berlin, 20. November. (W. L. B.) Nach einer Mitteilung der hiesigen amerikanischen Botschaft haben alle in Madagaskar internierten deutschen Zivilisierungen die Insel am 20. Oktober verlassen. Sie wurden mit dem nach Marseille bestimmten Dampfer „Sudney“ nach Frankreich übergeführt.

Bern, 20. November. (W. L. B.) Aus Paris wird gemeldet: Die parlamentarische Kommission zur Beratung von Maßnahmen, um die Wirtschaftskrisis Frankreichs zu schonen, stellte den Antrag, daß die Regierung sofort energische Anordnungen zur Einschränkung des Automobilverkehrs erlassen solle. Man will dadurch die Petroleum-, Benzin-, Öl- und Kautschukvorräte schonen.

Unterstützung kinderreicher Familien.

(Eine Umfrage der Zentralkasse des Städtetages.)

Zwecks Gewinnung von Material, inwieweit die Städte für kinderreiche Familien besondere Fürsorgemaßnahmen getroffen haben, die außerhalb der Kriegsfürsorge und der Armenpflege liegen, hat der Vorstand des Deutschen Städtetages vor einiger Zeit eine Rundfrage veranstaltet, deren Ergebnis in der neuesten Nummer der „Mitteilungen der Zentralkasse des Deutschen Städtetages“ veröffentlicht wird. Es geht daraus hervor, daß sich die Fürsorgemaßnahmen in der Hauptsache auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge, der Vergabe von Aupungsland (Kartoffelland, Gartenland) und in der Verwendung bestimmter Stiftungen oder Fonds bewegen.

Wohnungspolitische Maßnahmen oder Maßnahmen, die mit der Wohnungsnot im Zusammenhang stehen, sind getroffen in Bamberg, Dessau, Dresden, Duisburg, Emden, Essen, Freiburg, Heidelberg, Königsberg, Länderscheid, Mülheim-Kaer, Stolp und Tüft. Es handelt sich dabei teils um die Erbauung von Häusern für kinderreiche Familien in städtischer Regie, teils um die Beteiligung an gemeinnützigen Baugesellschaften. Vereinzelt werden auch Summen in den Etat eingestellt als Beihilfen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse kinderreicher Familien in solchen Fällen, in denen auf Anordnung der Polizeibehörde zu kleine und gesundheitschädliche Wohnungen geräumt werden müssen und die Einkommensverhältnisse die Anmietung größerer Wohnungen ohne städtische Unterstützung nicht gestatten. Ueber-einstimmend wird berichtet, daß die Maßnahmen, die übrigens noch keinen sehr großen Umfang angenommen haben und die städtischen Etats nur ganz unerheblich belasten, sich durchaus bewährt haben.

Durch unentgeltliche oder billige Abgabe von Land werden kinderreiche Familien unterstützt in Hamburg, Chemnitz, Celle, Köln, Dresden, Duisburg, Emden, Eisenberg, Forch, Freiburg, Hanau, Hildesheim, Königsberg, Ludenwalde, Magdeburg, Reg. Vosen, Schleswig, Schweidnitz, Siegen, Spandau, Stettin und Worms. Im wesentlichen wird Land hergegeben, das sich zum Kartoffel- oder Gemüsebau eignet, und zwar entweder kostenfrei oder gegen eine geringe Pacht. Die ganz belanglosen Kosten, die den Städten daraus erwachsen, werden aller Voraussicht nach bei den Ausgaben für Armenzwecke wieder erspart werden. Durchweg sind die Aufwendungen übrigens ganz gering. Jedenfalls ist es dadurch möglich gewesen, eine Anzahl von Familien von der öffentlichen Armenpflege fernzuhalten.

Das gleiche Ziel ist erreicht worden durch die Vergabe besonderer Fonds oder Stiftungen, wie aus Aisherleben, Garnten, Köln, Düsseldorf, Glauchau, Karlsruhe, Kolsberg und Mülhausen berichtet wird. Wenn die Gemeinden sich dazu entschlossen haben, keine Gelder aus Mitteln der Allgemeinheit, sondern aus besonderen Fonds herzugeben, so weil es nur auf diese Weise möglich ist, die schädlichen Folgen, die der Bezug einer Unterstützung mit sich bringt abzuwenden. Bekanntlich verliert in Preußen und in einer Reihe anderer Staaten derjenige, der auch nur ein einziges Mal in dem der Wahl vorangegangenen Jahre eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat, sein Gemeindegewalt, selbst wenn er das Geld inzwischen zurückgezahlt hat. Die Erfahrung hat nun gelehrt, daß sich namentlich organisierte Arbeiter im Hinblick auf die Möglichkeit einer politischen Unterstützung lieber auf das Alleräußerste einschränken, anstatt sich an die Gemeinde zu wenden, und daß sie selbst bei schweren Erkrankungen sich weigern, ihre nicht versicherten Familienangehörigen einem Krankenhaus überweisen zu lassen. Das bringt naturgemäß, besonders wo es sich um Tuberkulose oder um akute Krankheiten handelt, eine schwere Gefährdung der öffentlichen Gesundheit mit sich. Die Gemeinden würden deshalb in ihrem eigenen Interesse und in dem der Allgemeinheit handeln,

wenn sie den Weg, der bisher nur vereinzelt gegangen ist, in größerer Zahl beschreiten würden. Letztes Endes würde eine ausreichende Fürsorge für kinderreiche Familien auch der Bekämpfung des Geburtenrückganges dienen, die nach Beendigung des Krieges mehr als je erforderlich sein wird.

Politische Uebersicht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

Ist auf Donnerstag dieser Woche, vormittags 10 Uhr, berufen, um den Gesetzentwurf betreffend den „Waterländischen Hilfsdienst“ zu beraten. Am gleichen Tage, nachmittags 2 Uhr, soll der Parteiausschuß zu dem gleichen Zweck zusammentreten.

Wolffs Bureau meldet Montagnacht: Die nächste Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages findet Donnerstag, den 28. November, vormittags 11 Uhr, statt. Tagesordnung: Vaterländischer Hilfsdienst.

Inwieweit durch diese Meldung die Dispositionen der Fraktion beeinflusst werden, können wir zur Stunde nicht feststellen.

Die Polendebatte im Abgeordnetenhaus.

Wenn wir schon vorher unserem Zweifel darüber Ausdruck verliehen haben, ob die Einbringung des fatalistischen Polenanspruchs im Abgeordnetenhaus zweckmäßig gewesen ist oder nicht, so dürfte der Verlauf der Debatte auch den letzten Zweifel beseitigt haben. Ganz abgesehen davon, daß es für den Verlauf der Weltgeschichte völlig ohne Einfluß ist, welche Stellung das Preußenparlament zu der Proklamierung des Königreichs Polen einnimmt, da es sich hier nicht um eine preußische Angelegenheit, sondern um eine Angelegenheit des Reiches handelt, hat die Erörterung auch auf keinen Fall dazu beigetragen, unsere polnischen Staatsbürger versöhnlicher zu stimmen. Denn wenn auch die Redner der Parteien, von denen der Antrag ausgeht, sich im allgemeinen eines versöhnlichen Tones bedienten, so gaben sie doch deutlich zu verstehen, daß sie im Grunde genommen an dem bisherigen Kurse festhalten wollen, und daß sie jedes etwaige Entgegenkommen gegen die Polen abhängig machen von ihrem rückhaltlosen Bekenntnis zu Preußen.

Ebenso wenig war die Rede des Ministers v. SöbeII geeignet, irgendwelchen Eindruck auf die Polen zu machen. Zwar fand er warme Worte der Anerkennung für die polnischen Legionäre und die ererbte polnische Tapferkeit, auch erinnerte er an das Versprechen von der Neuorientierung, aber irgend welche bindende Fassung in dieser Beziehung machte er nicht. Aus seinen Worten, die preußische Regierung werde die Interessen des Staates und des Deutschtums im Osten niemals aus dem Auge verlieren, kann man alles Mögliche schließen. Gegen den Antrag erklärten sich die Redner des Zentrums, der Fortschrittler, der Sozialdemokraten und selbstverständlich auch der Polen. Sie alle stimmten darin überein, daß es besser gewesen wäre, man hätte von der Einbringung eines Antrages Abstand genommen. Aber da er einmal eingebracht war, hielten sie sich natürlich für verpflichtet, Stellung dazu zu nehmen. Abg. Dr. Bachnick betonte dringend die Notwendigkeit einer Neuorientierung, Abg. Gerold (S.) bemerkte mit Recht, daß der Antrag zum größten Teil Selbstverständliches und im übrigen nur Andeutungen ganz verschwommener Art enthalte, und der Pole Steczynski gab namens seiner Freunde eine Erklärung ab, worin er die Anerkennung der nationalen Bedeutung der polnischen Frage als einen Schritt vorwärts auf dem Wege zu ihrer endgültigen Lösung begrüßte, aber doch darauf hinwies, daß die Antragsteller eine Verständigung mit dem deutschen und polnischen Volke direkt ablehnen wollen. In der Verlesung der nationalen Rechte der Polen seit so langer Zeit erblickte er mit einer der Ursachen des Weltkrieges.

Als letzter Redner aus dem Hause kam Genosse Ströbel zu Wort, der scharfe Kritik daran übte, daß das Manifest ohne Befragen des Reichstags erlassen ist, die unheimlichen Folgen der bisherigen Polenpolitik schilderte, die Notwendigkeit einer völligen Neuorientierung betonte und auch den Polen gegenüber das Selbstbestimmungsrecht der Völker forderte. Ob seine Ausführungen dem Minister des Innern zu seiner scharfen Erwiderung Anlaß gaben, bleibe dahingestellt. Ströbel blieb ihm die Antwort nicht schuldig, und die Folge davon war, daß es schließlich noch zu einigen stürmischen Ausritten kam.

Das Resultat war voraussehen. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 190 gegen 104 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die nächste Sitzung findet erst am 4. Dezember statt. Auf der Tagesordnung steht voraussichtlich der Bericht der Haushaltskommission über den Antrag betreffend Ernährungsfragen.

Wozu der Lärm?

Der Lärm gegen den „Vorwärts“ und gegen Scheidemann geht in dem bekannten Teil der Presse weiter. Da es sich dabei nur um ewige Wiederholungen handelt, kann man auf Bitterkeit verzichten. Interessanter als der Lärm selbst ist ja auch der immer offenkundiger zutage tretende Zwiefach, der mit ihm verflochten wird. Dadurch, daß man immer auf den „Vorwärts“ und auf Scheidemann einschlägt, sucht man den Anschein zu erwecken, als handle es sich nur um dieses Blatt und um diesen Mann, und damit soll die Aufmerksamkeit vom Reichskanzler und von seinen Erklärungen abgelenkt werden.

Wer war es aber, der erklärt hat, Deutschland habe nie die Annexion Belgiens beabsichtigt und Deutschland sei bereit, einer überstaatlichen Organisation zur Bewahrung des Weltfriedens beizutreten? War es Scheidemann? Oder war es nicht Bethmann? Man tut, als handle es sich um diese Auslegung der Kanzlerrede durch Scheidemann. In Wirklichkeit aber handelt es sich doch um des Kanzlers eigene Worte!

Aber nachdem man so den mißliebigen „Friedenskanzler“ durch ein artiges Taschentuchspiel hinter Scheidemann hat verschwinden lassen, versucht man, ihn als „Kriegskanzler“ wieder hervorzugauern. Zu diesem Zweck wird tagtäglich verlangt, er müsse eine Erklärung gegen Scheidemann abgeben. Tue er das nicht, so mache er sich „mitverantwortlich“.

Die Methode, die dabei angewendet wird, erinnert — dieser respektswürdige Vergleich drängt sich unabweislich auf — an gewisse Künste der Dressur. Der herrliche Unterton des „Wirkt du gleich!“ ist deutlich hörbar. Und was man dabei vom Kanzler in Wirklichkeit fordert ist nicht, daß er sich gegen falsche Auslegungen wendet, sondern daß er Ruhe tut und widerzuzt!

Dieses Spiel, das anfangs vielleicht geschickt zu nennen war, ist durch die unendliche Wiederholung so durcheinander geworden, daß kein besonnener Scharfblick mehr dazu gehört, es zu durchschauen. Nach U-Boot und Polen ist dies der Kanzlerfronde dritter Streich.

Freudig bereit!

Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats hat an die Landwirte und Landwirtsfrauen einen Aufruf erlassen, der sich begeistert für tatkräftige Unterstützung des Hindenburg-Aufrufs einsetzt. Der Hauptatz lautet:

„Hindenburg vertraut, und mit ihm und durch ihn vertraut das ganze deutsche Volk auf uns. So wollen wir denn freudig jedes Opfer bringen, welches der Ernst einer — unsere ganze Zukunft entscheidenden — Zeit von uns fordert. Deutsche Landwirte, schafft und gebt.“

Es ist wohl anzunehmen, daß nach den inzwischen übergenug gemachten Erfahrungen die freudige Bereitwilligkeit des Gebens, die nun zugesichert wird, ihre natürliche Ergänzung auf dem Wege von Gesetz und Verordnung findet. Vielleicht ist eine Ankündigung dessen aus den Worten des neuen Hindenburg-Briefes zu schließen: „Ohne einen Zwang geht es nicht ab.“

Landtagsmandat zu verkaufen!

In der Sonntagsausgabe des „Berl. Tagebl.“ wird ein mecklenburgisches Rittergut zum Verkauf ausgeschrieben. In der Verkaufsanzeige wird ausdrücklich bemerkt: Sitz und Stimme im Landtag.

Es ist bezeichnend, daß in Mecklenburg immer noch politische Zustände herrschen, die es ermöglichen, durch Kauf und Verkauf in der gesetzgebenden Versammlung Sitz und Stimme zu erlangen.

Kommt Gerard wieder?

In Berlin hieß es gestern, daß der zur Wahlkampagne nach Amerika gereiste Botschafter Gerard nicht nach Deutschland zurückkehren werde. Auf der hiesigen amerikanischen Botschaft weiß man nichts davon.

Karl Franz Joseph.

Nach neueren Wiener Meldungen ist eine Ernennung des Thronfolgers zum Mitregenten nicht beabsichtigt. Er soll nur eine eigene Militärkanzlei erhalten, wie sie Franz Ferdinand, der „zur Disposition des allerhöchsten Oberbefehls“ stand, auch gehabt hat. Der Thronfolger weilt jetzt in Wien. Die amtlichen Bulletins sagen, daß das Befinden des 80jährigen Kaisers zufriedenstellend sei.

Letzte Nachrichten.

Der Durchbruchskampf an der Somme.

Wolffs Bureau verbreitet folgende zusammenfassende Darstellung über die letzten Kämpfe an der Somme: Die Teilangriffe der letzten Wochen hatten die anglo-französischen Heere nicht weiter gebracht. Nachdem die eigenen Blätter sich gegen diese Kampart gewandt und erklärt hatten, daß Erfolge auf diese Weise nicht zu erreichen seien, versuchten es die Engländer neuerdings wieder unter reichlicher Beanspruchung ihrer Kolonialtruppen mit Massenstürmen. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Methode lange beibehalten wird, denn die Angriffe am 18. und 19. kosteten den Engländern geradezu ungeheuerliche Verluste. Der schwedische Hauptmann Noerregaard bezifferte am 12. November in „Dagens Nyheter“ den englischen Blutzoll für den Kilometer in den letzten Monaten auf sechsundvierzigtausend Mann, während er im Juli sechsundzwanzigtausend für den Kilometer betrug. Der Monat November wird eine neue wesentliche Steigerung der bereits gebrachten Opfer bringen, die nach vorsichtiger Schätzung für den Zeitraum vom ersten Juli bis etwa ersten November mindestens sechsundzwanzigtausend Mann betragen.

Die ersten Erfolge gegen Beaumont-Hamel und Beaucourt haben die Engländer in eine schwierige Lage versetzt, da die deutsche Artilleriebeobachtung über die Höhen von Serre verfügt und die in die genommenen Stellungen eingedrungenen Truppen vom deutschen Artilleriefeuer gefoht und zusammengefohten wurden. Den Versuch, sich aus dieser schwierigen Situation zu befreien, haben die Engländer jedoch mit noch schwereren Verlusten bezahlen müssen, ohne irgend etwas zu erreichen. Die bei Sturm und Regen über das verschlammte Gelände vorge-triebenen Sturmtruppen werden, in Schlamme und Morast stehend, von dem deutschen Artillerie- und Maschinengewehrfeuer niedergemacht. In der Nacht vom 18. auf den 19. wurden die Angriffe auf der ganzen Front von Serre bis Barencourt wiederholt. Es gelang lediglich, in einen Teil von Grandcourt einzudringen, doch schon am folgenden Vormittag wurden die Engländer im Handgranatenkampfe wieder hinausgeworfen. Die im Vorgelände für den Durchbruch bereitgestellte Kavallerie kam natürlich nicht zum Eingreifen. Ebenso verjagte die Begleitung des Sturmangriffs durch Panzerautomobile, von denen eines durch Volltreffer südlich Grandcourt vernichtet wurde.

Die Deutschen machten bei ihren Gegenangriffen in der letzten Woche zweiundzwanzig Offiziere und neunhundert Mann zu Gefangenen und erbeuteten vierunddreißig Maschinengewehre. Davon entfielen allein auf den 18. November elf Offiziere, 370 Mann und 20 Maschinengewehre. Wie die Engländer hatten auch die Franzosen keine Erfolge. Ihre noch am Abend des 19. November versuchten Angriffe gegen den St. Pierre Vaast-Wald wurden blutig abgewiesen.

Die Entscheidung an der Somme ist längst gefallen. Jeder Durchbruchversuch ist zum Scheitern verdammt. Allein angetrieben von der entflammten Volksstimmung und fortgerissen von der im Sommerabschnitt aufgebauten und in Bewegung gesetzten Kriegsmaschine treiben die englische und französische Heeresleitung ihre Truppen immer von neuem gegen den Feuergürtel der Verteidiger vor, mit dem einzigen Ergebnis, daß bei geringen britischen Fortschritten ihre Verluste immer grauenvollere Ausmaße annehmen.

Der Druck auf Griechenland.

Athen, 20. November. (W. L. B.) Meldung des Neuzerschen Bureaus. Die Alliierten verlangten, daß dem deutschen, dem österreichisch-ungarischen, dem türkischen und dem bulgarischen Gesandten ihre Pässe ausgehändigt werden. Die Regierung betrachtet diese Forderung als unannehmbar. Es wurde ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Königs abgehalten, um die Angelegenheit zu besprechen. Der König hat für morgen früh 10 Uhr einen Kronrat einberufen. Es herrscht große Beunruhigung, da die Alliierten verlangt haben, daß die feindlichen Gesandten am Mittwoch abreisen.

Belgischer Protest bei den Neutralen.

Bern, 20. November. (Z. N.) Das portugiesische Amtsblatt veröffentlicht die Bedingungen eines Abtretungsvertrages mit einer Schlichtung von Belgien nach Deutschland Protest ein. Die gleiche belgische Note ging allen neutralen Regierungen zu. (Z. N. S. 2.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

a. Abschluß der Lohnbewegung der Tiefbau- und Oberleitungsabteilungen der Großen Berliner Straßenbahn. Die Lohnbewegung der obengenannten Arbeiter hat nun ihren Abschluß gefunden, wenn auch nicht zu voller Zufriedenheit der Arbeiter. Eines nachts Ende Oktober wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß ungefähr 8 Mann von jeder der 12 Abteilungen nachmittags vier Uhr sich auf dem Lagerplatz Mantuffelstraße einfänden sollten, wo mit ihnen wegen ihrer Lohnforderung Rücksprache genommen werden sollte. Die Zulassung eines Verbandsvertreters wurde abgelehnt mit der Begründung, die Direktion wolle allein mit dem Personal verhandeln. Trotzdem eine Stunde Arbeitszeitverlängerung für die Nachtschicht, also 75 Pf. pro Schicht, sowie die Weiterbezahlung der nicht geleisteten Arbeitsstunden versprochen wurde, trat die gewünschte Beruhigung nicht ein. Den Arbeitern wurde nahegelegt, sie möchten ihre Interessenvertretung in dem gelben Verein suchen, weil die Direktion ja mit Außenstehenden nicht verhandelt. Das lehnten sie rundweg ab. Eine Vertrauensmännerversammlung aus den gesamten Verkehrsbetrieben Groß-Berlins brachte die Bewegung wieder in das rechte Geleis. In dieser machten besonders die Kollegen aus dem Fahrpersonal darauf aufmerksam, daß man mit dem Jugendstand der Direktion zum Abschluß kommen könne, obwohl nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt wären. Sie erkannten die berechtigten Wünsche der Tiefbauarbeiter an und sahen nach längerer Aussprache eine Entschließung, in der es heißt: „Nach den Ausführungen des Referenten Kollegen Rathmann und eingehender Erörterung erklärten sich die Anwesenden mit den bisherigen Jugendständen der Gesellschaft einverstanden. Sie erwarten jedoch, daß die Direktion in möglichst nächster Zeit insofern eine Umgestaltung in den Lohnverhältnissen eintreten läßt, als sie die gesamten Teuerungszulagen in feste Stunden- bzw. Monatslöhne (mit Ausnahme der Hindergelder) umwandelt; auch für das Fahrpersonal. Ferner unterstützen die Versammelten den Wunsch der Tiefbauarbeiter, der dahin geht, die Direktion möge zu gegebener Zeit die vier Schichtzulagen a 75 Pf. wie bei den übrigen Arbeitern auf 8 erhöhen sowie Lohnaufrechnungszettel am Wochenlohn auszuhändigen.“ Mehrere Versammlungen der Tiefbau- und Oberleitungsabteilungen haben stattgefunden, in denen zu der Entschließung der Vertrauensmänner Stellung genommen wurde. Ungeteilten Beschlusses fand der Abschluß nicht. Schließlich erklärte man sich doch damit einverstanden in der Hoffnung, daß die gerügten Mängel bald beseitigt werden.

r. Die Lohnverhältnisse der Propellerfabriker. Die Branchenleitung der Propellerfabriker hat eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse veranlaßt. Aus 12 von den 13 befragten Betrieben sind Angaben gemacht worden. In den 12 Betrieben sind 403 Personen, nämlich 358 Arbeiter, 7 Arbeiterinnen und 38 jugendliche Arbeiter beschäftigt. Von den Beschäftigten sind 201 organisiert. Der Gesamtdurchschnittsverdienst belief sich am 1. September 1915 auf 98 Pf. pro Stunde, am 1. September 1916 betrug er 1,18 M. pro Stunde, er ist also im Laufe eines Jahres um 20 Pf. gestiegen. In 5 Betrieben wird nur in Lohn, in acht Betrieben in Lohn und Akkord gearbeitet. Die Akkordarbeiter verdienen durchschnittlich 40 bis 50 Proz. mehr als die Lohnarbeiter. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Akkordarbeiter nicht nur ihre Arbeitskraft äußerst anspannen, sondern auch durch regelmäßige Überstunden die Arbeitszeit weit über das übliche Maß ausdehnen. In der am Sonntag abgehaltenen Branchenversammlung wurde ausgeführt, daß gegen eine gelegentliche mäßige Überleistung der Arbeitszeit nichts gesagt werden solle, doch dem Umwandel der Überstundenarbeit, welches in vielen Propellerfabriken eingetreten sei, müsse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Es wurde festgestellt, daß nach dem 1. September 1916 infolge der allgemeinen Bewegung für Teuerungszulagen in allen Betrieben Lohnaufbesserungen eingetreten sind, doch ist noch nicht ermittelt, ob sie überall in befriedigender Höhe gewährt werden. — Bei der Erhebung ist auch die Frage gestellt worden, ob die Kollegen für den Abschluß eines Tarifvertrages sind. 5 Betriebe haben diese Frage bejaht, 4 Betriebe haben sie verneint und 3 Betriebe haben sie nicht beantwortet. Wie die Aussprache ergab, sind die Kollegen, welche sich gegen den Abschluß eines Tarifvertrages erklärt haben, nicht grundsätzliche Gegner eines Tarifverhältnisses, sondern sie halten den Abschluß eines solchen für ihren Betrieb zurzeit noch nicht für geeignet. Daß die Unternehmer zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit sein werden, kann angenommen werden. Die Versammlung wählte eine Kommission ein, welche die Vorarbeiten für die Beratung eines Tarifvertrages betreiben soll.

Ein Hungerlohn. Unter dieser Epithete brachten wir in Nr. 241 des „Borm.“ nach der „Bundschuh-Zeitung“ eine Notiz, in der ein Schreiben des Armenvorstehers Heberwasser abgedruckt war. Der Armenvorsteher hatte sich an den Bundschuhverband gewandt, weil die Kartonnarbeiterin C. O. seit zwei Jahren regelmäßig unterzahlt werden mußte, da sie nur einen Wochenlohn von 10 M. erhielt. Das letztere habe die Firma Martin Wöhle, Große Frankfurter Str. 137, auch bestätigt. Zu dieser Notiz sendet uns Rechtsanwalt Dr. Fränkel in Vollmacht der Firma Wöhle eine Erklärung, in der gesagt wird, daß der Lohn von 10 M. kein Zeilohn gewesen sei, sondern Akkordlohn, der nach in der Kartonnagenbranche allgemein üblichen und als angemessen anerkannten Grundsätzen normiert sei. Wenn die in Frage kommende Arbeiterin nur 10 M. Wochenlohn verdient hätte, so habe das darin seinen Grund, daß die betreffende Arbeiterin an mehreren Tagen der Woche nicht zu arbeiten pflegte und auch sonst mit einer verkürzten Arbeitszeit gearbeitet hätte. Andere Arbeiterinnen hätten in Zeitraum einer Woche mehr verdient; der Unterschied mache bis zu 8 M. wöchentlich aus. Auch die betreffende Arbeiterin habe in gewissen Wochen, in denen sie intensiv gearbeitet hätte, 15 bis 19 M. wöchentlich verdient.

Die Erklärung berichtigt die in unserer Notiz angegebenen Tatsachen nicht, sondern ergänzt sie nur. Wenn die betreffende Arbeiterin auch bisweilen 15 bis 19 M. wöchentlich verdient hat, so ist bei den heutigen Teuerungsverhältnissen sehr begreiflich, daß sie die Armenverwaltung in Anspruch nehmen mußte, der Armenvorsteher sich deshalb ihrer annahm und die Organisation auf den Fall aufmerksam machte.

Deutsches Reich.

Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter des Zimmererverbandes.

Am 12. und 13. November tagte in Hamburg eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter des Zimmererverbandes. Ihr Hauptzweck war, zur Wiederinkraftsetzung des Verbandsstatuts sowie zur Gewährung einer Weihnachtunterstützung an die Familien der zum Militär eingezogenen Mitglieder Stellung zu nehmen. Die zu Anfang des Krieges aufgetretene Arbeitslosigkeit, die eine starke Manipulation der Arbeitslosenunterstützung befürchtete, ließ nötige neben anderen Gewerkschaften auch den Zimmererverband, eine „Stredung“ der Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen, insofern, als die statutarischen Unterstühtungssätze um zwei Fünftel herabgesetzt wurden. Dafür gelangte neu zur Einführung eine Unterstützung an ausgewählte Arbeitslose, die erst auf vier Wochen festgesetzt, später jedoch auf acht Wochen verlängert wurde, so daß für den Fall der Arbeitslosigkeit den Mitgliedern des Zimmererverbandes auf die Dauer von vierzehn Wochen eine Unterstützung zugesichert war. Die Sätze für Reiseunterstützung wurden später den neueregelten Sätzen der Arbeitslosenunterstützung angepaßt. Anfanglich lösten diese Maßnahmen in Mitgliederkreisen einigen Unwillen aus, mit der Zeit aber wurde ihre Notwendigkeit all-

seitig eingesehen und anerkannt. Sie würden auch nach Beendigung des Krieges gewissermaßen als Übergangsbestimmungen aus dem Kriegs- in den Friedenszustand nicht ungeeignet gewesen sein. Bei der langen Dauer des Krieges jedoch und nachdem auch die Veranlassung zu den geschiederten Maßnahmen: die befürchtete starke Arbeitslosigkeit, nicht mehr bestand, schien es geraten, die geschiederten Ausnahmestimmungen aufzuheben und das Verbandsstatut wieder herzustellen. Dahingehende Anträge wurden auch von einer Gaukonferenz sowie aus einigen Zahlstellen an den Zentralvorstand gerichtet, der dann zur Beratung dieser Angelegenheit im Einverständnis mit dem Verbandsausführer eine Konferenz einberief. Der Konferenz wurde einleitend eine Uebersicht über den Stand der deutschen Gewerkschaften und des Zimmererverbandes gegeben. Der Zimmererverband ist durch den Krieg sehr stark betroffen; nur wenige Gewerkschaften dürften einen so großen Prozentsatz zum Militär eingezogener Mitglieder aufzuweisen haben. Der Verband zählte vor dem Kriege 62 673 Mitglieder; Ende Juni dieses Jahres 18495 Mitglieder. In Zahlstellen hat der Verband während des Krieges 167 eingebüßt. Der Bestand an Zahlstellen ist von 819 auf 652 zurückgegangen.

Recht günstig steht es um die Vermögenslage des Verbandes. Das Vermögen der Verbandshauptkasse hat sich seit Ausbruch des Krieges um 444 333 M. vermehrt, von 3 821 006 M. auf 4 265 429 M. An Unterstützung für die Familien der eingezogenen Mitglieder leistete die Verbandshauptkasse bis jetzt (ohne die Beiträge aus den Zahlstellen) 761 888 M.; an Arbeitslosenunterstützung während der Dauer des Krieges 319 150 M. Der Stand des Verbandes konnte somit, soweit Mitgliederzahl und Vermögen in Frage kommen, als befriedigend bezeichnet werden. Die Verbandstätigkeit in den Gauen und Zahlstellen, besonders die Werksarbeit, wurde durch den Krieg natürlich stark beeinträchtigt. Befragt wurde das Verhalten vieler aus dem Heeresdienst zur Arbeit entlassenen oder beurlaubten Mitglieder, die sich unter wichtigen Umständen ihren Pflichten gegen die Organisation entziehen, ohne zu bedenken, daß sie dadurch ihrer früher erworbenen Rechte an den Verband verlustig gehen. Auch darüber wurde Beschwerde geführt, daß Mitglieder, die weitaus von ihrem Wohnort, im ostpreussischen Wiederaufbaugelbiet, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet oder in Mitteldeutschland arbeiten, sich in der Zahlstelle ihres Arbeitsortes nicht anmelden, wodurch ebenfalls erhebliche Schwierigkeiten entstehen. Die Konferenz vertrat den Standpunkt, daß künftighin den vorhandenen Mißständen energisch begegnet und die Anweisungen des Zentralvorstandes strengstens befolgt werden müßten.

Ausdrücklich wurde auch über den Arbeitsnachweis und die Arbeitsvermittlung beraten. Auch hierbei wurden zahlreiche Beschwerden vorgebracht und Wünsche auf Abstellung derselben geäußert. Im Vordergrund stand die Beschaffung der offenen Stellen bei den Kriegs- und Heeresarbeiten, die infolge des herrschenden Arbeitermangels nur schwer möglich ist. Nach Meinung der Konferenz kann dieser Schwierigkeiten wenigstens zum Teil abgeholfen werden durch Vereinbarung von vernünftigen, den augenblicklich herrschenden Verhältnissen möglichst angepaßten Lohn-, Arbeits-, Unterstühtungs- und Versorgungsbedingungen, wie das bereits geschehen ist. Auch hier soll alles versucht werden, ein besseres Funktionieren der Arbeitsvermittlung zu ermöglichen, was allerdings zur Voraussetzung hat, daß der Zentralvorstand rechtzeitig von allem, was diese Frage betrifft, unterrichtet wird.

Die Konferenz hatte sodann zu den bereits erwähnten Kriegsmaßnahmen Stellung zu nehmen. In Rücksicht darauf, daß die Ursachen, wodurch diese Maßnahmen bedingt waren, die befürchtete Arbeitslosigkeit und die starke Inanspruchnahme der Unterstühtung, nicht eingetreten ist, Arbeitslosigkeit in größerem Umfang auch für die nächste Zeit nicht zu erwarten steht, hatten Verbandsausführer und Zentralvorstand in einer Tagung vorher abgehaltenen gemeinsamen Sitzung beschlossen, der Konferenz die Wiederinkraftsetzung des Verbandsstatuts zu empfehlen. Die Konferenz trat diesem Vorschlag bei. Im Zimmererverbande wird demnach ab 1. Dezember d. J. die statutarische Reiseunterstützung und ab 4. Dezember die statutarische Arbeitslosenunterstützung wieder voll zur Auszahlung gelangen. Die Arbeitslosenbeiträge, die ebenfalls herabgesetzt waren, bleiben für das laufende Jahr in Kraft, sie erhöhen sich wieder auf ihren statutarischen Satz mit dem Beginn der Vertragszeit nächsten Jahres. Mit der Wiederinkraftsetzung des Statuts kommt die Ausgesteuertenunterstützung in Wegfall. In der Konferenz wurde auch angeregt, zur Behandlung der nach Beendigung des Krieges heimkehrenden Mitglieder Stellung zu nehmen; hier- von wurde jedoch noch abgesehen. Der Vorschlag der Zentralinstanzen auf Auszahlung einer nochmaligen Unterstützung (der höchsten) an die Familien der Kriegsteilnehmer wurde allseitig gebilligt. Die Unterstützung beträgt nach den geleisteten Beiträgen 8, 9 und 10 M. Die Auszahlung erfolgt in der Zeit vom 11. bis 31. Dezember d. J. an die Familien aller bis dahin eingezogenen, mit Ausnahme der Familien gefallener Mitglieder, für die bereits die Hinterbliebenenrente festgesetzt ist.

Die weiteren Verhandlungen der Konferenz waren interner Natur.

Ausland.

Die dänischen Gewerkschaften.

IK, Kopenhagen, 15. November. Nach einem Bericht des statistischen Bureaus zählt Dänemark gegenwärtig 173 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Hiervon gehören 132 000 Arbeiter der gewerkschaftlichen Landeszentrale an.

(IK) Von der niederländischen Eisenbahnerbewegung. Den Haag, den 18. November 1916. Das Organ der Niederländischen Vereinigung für Eisenbahn- und Straßenbahnpersonal kann über eine höchst erfreuliche Mitgliederzunahme seit Anfang dieses Jahres berichten. Die Mitgliederzahl stieg vom 1. Januar bis 1. Oktober d. J. von 5620 auf 9807. In dieser Zahl sind 4718 Mitglieder enthalten, die bei Straßenbahnen beschäftigt sind. Am 1. Januar waren es deren 2141. Bei Straßenbahnen waren 2191 Mitglieder beschäftigt gegen 1618 am 1. Januar.

Aus der Partei.

Ein Guadeneuch für Höglund und Genossen.

IK, Stockholm, 20. November. Hjalmar Branting und Gustav Möller, der Vorsitzende und der Sekretär der schwedischen sozialdemokratischen Partei, haben dem Justizminister ein an die Regierung gerichtetes, vom Parteivorstand beschlossenes Guadeneuch für Höglund und Ojelund überreicht. Der Minister konnte keine Versprechungen abgeben, da das Gesetz erst dem Reichsgericht vorgelegt wird. Höglund, der Führer der schwedischen Jungsozialisten, Ojelund, der Redakteur eines jungsozialistischen Blattes, sowie der Mitarbeiter des „Sozialdemokraten“, Dr. Hedén, wurden — wegen angeblich hochverräterischer Antriebe — von den beiden ersten Instanzen zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Vom höchsten Gerichtshof (Reichsgericht) wurden die Strafen anfangs September auf Gefängnis ermäßigt, und zwar: für Höglund ein Jahr und für Ojelund acht Monate, wobei das Gericht jedem vier Monate als durch die Untersuchungshaft verhäßt anrechnete, während Dr. Hedén vollständig freigesprochen wurde.

Der „Kampf“, die zuletzt von Dr. Friedrich Adler redigierte Monatschrift der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, ist ohne längere Unterbrechung wieder erschienen. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet jetzt der erste Parteisekretär Abgeordneter Ferdinand S. L. Die Novembernummer enthält eine sehr interessante Würdigung des Grafen Stürgkh von Friedrich Auleritz, sie bringt die Fortsetzung der hennerschen Studien über Probleme des Marxismus und unter anderem außer einer Arbeit Adolf Brauns über Organisationsprobleme sehr bemerkenswerte Mitteilungen von J. W. über die intellektuellen Leistungen der Feldsoldaten.

Soziales.

Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung.

Ueber die Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung hat der Bundesrat eine neue Bekanntmachung am 16. November cr. erlassen. Sie hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

§ 1 Abs. 2 der Bekanntmachung über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges vom 28. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 49) sowie §§ 5, 9 Abs. 1 der Bekanntmachung, betreffend Krankenversicherung bei Ersatzkassen, vom 5. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 655) werden aufgehoben.

§ 2.

Bei Anwendung des § 214 Abs. 1 und des § 313 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung ist die Zeit militärischer, Sanitäts- und ähnlicher Dienste, die während des gegenwärtigen Krieges dem Reiche oder einer ihm verbündeten Macht geleistet worden sind, auf die Zeit vor dem Ausscheiden aus der Versicherung nicht anzurechnen.

Das gleiche gilt für die Dauer der Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen, die in die ersten sechs Wochen nach der Rückkehr aus solchen Diensten in die Heimat fällt.

§ 3.

Diese Vorschrift tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Es scheint fast, als habe der Bundesrat bei der Abfassung dieser Bekanntmachung eine Illustration zu unserer jetzigen Papierknappheit liefern wollen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß diese Bekanntmachung für die Arbeiter bestimmt ist. Den Arbeiter möchten wir jedoch sehen, der imstande ist, aus dieser Fassung auch nur im geringsten zu erkennen, was der Bundesrat eigentlich mit ihm vor hat. Dies scheint dem Bundesrat selbst auch schon klar geworden zu sein, denn er hat, wie wir in der Nr. 320 schon berichteten, durch das Wolffsche Depeschentureau eine Erläuterung seiner Bekanntmachung geben lassen. Aber auch die Wolffsche Meldung eignet sich zur Aufklärung der Arbeiter nur in sehr geringem Maße, wodurch sich notwendig macht, daß die Bekanntmachung eingehender erläutert wird.

Der durch den § 1 aufgehobene Abs. 2 des § 1 der Bekanntmachung über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges vom 28. Januar 1915 bestimmte, daß die Krankenkassen das Recht haben sollten, solche Personen, die zur Zeit ihres Eintritts in Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste für das Reich oder die österreichisch-ungarische Monarchie auf Grund des § 313 der Reichsversicherungsordnung das Recht hatten, sich freiwillig weiter zu versichern, von dieser Möglichkeit aber keinen Gebrauch gemacht haben, ärztlich unteruchen zu lassen, wenn sie sich nach ihrer Rückkehr in die Heimat zum freiwilligen Eintritt in die Kasse melde- ten. Die aufgehobene Vorschrift bestimmte weiter, daß eine Erkrankung, die beim Wiedereintritt, also bei der Rückkehr in die Heimat, bereits bestche, keinen Anspruch auf Kostenleistungen begründe. Daburh, daß diese Vorschriften in Wegfall gekommen sind, ist nun jede Kasse gezwungen, die in die Heimat Zurückkehrenden bedingungslos aufzunehmen, sofern sie sich als freiwillige Mitglieder melden, was nach § 3 des Gesetzes vom 4. August 1914 innerhalb 6 Wochen nach der Rückkehr in die Heimat geschehen muß. Die Kassen sind ferner gezwungen, Erkrankungen, die beim Wiedereintritt in die Kasse bestehen, genau so zu behandeln, wie alle anderen Leiden, d. h. sie haben in jedem Falle ärztliche Behandlung, Krankengeld usw., also die vollen statutenmäßigen Leistungen zu gewähren. Da auch § 5 und § 9 Abs. 1 der Bekanntmachung betr. Krankenversicherung bei Ersatzkassen vom 5. Juli 1916 aufgehoben worden sind, gilt das auch für diejenigen, die vor ihrem Eintritt in die Militär- u. w. Dienste Mitglied einer freien Hilfskasse gewesen sind.

Im § 2 der neuen Verordnung wird hingewiesen auf die §§ 214 Abs. 1 und 313 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung, und es wird gesagt, daß die Zeiten militärischer u. w. Dienste auf die Zeit vor dem Ausscheiden aus der Versicherung nicht anzurechnen sind.

Der § 313 enthält die Vorschrift, daß ein Versicherter, der aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet, freiwilliges Mitglied bleiben kann, wenn er in den vorausgegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert war. Es kann nun sehr leicht der Fall eintreten, daß Leute nach ihrer Rückkehr in die Heimat eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen und vor Ablauf von 6 Wochen aus ihr ausscheiden. Um zu bewirken, daß diese die Versicherung als freiwilliges Mitglied fortsetzen können, befragt nun die neue Vorschrift, daß die Dienstzeit auf die Zeit vor dem Ausscheiden aus der Versicherung nicht anzurechnen ist. Mit anderen Worten: Wenn nachzuprüfen ist, ob der Heimgekehrte die Versicherung freiwillig fortsetzen kann, nachdem er inzwischen schon wieder einmal gearbeitet hat, spielt die Dienstzeit keine Rolle, wenn zu berechnen ist, ob der Zurückgekehrte vor dem Ausscheiden aus der Kasse innerhalb des letzten Jahres mindestens 26 Wochen versichert war. Ein Beispiel mag dies klar machen: Ein Arbeiter, der vordem nicht versichert war, hat am 1. März 1914 eine Arbeit aufgenommen, durch die er Mitglied der Krankenkasse wurde. Er wurde Anfang August eingezogen und war infolgedessen bis dahin nur 5 Monate Mitglied. Nach der Rückkehr in die Heimat nimmt er die Arbeit auf, verläßt sie aber nach 5 Wochen wieder, und er will nun die Versicherung freiwillig fortsetzen. Wäre die neue Bekanntmachung nicht herausgekommen, wäre das unmöglich, weil er noch nicht wieder 6 Wochen und weil er nicht innerhalb des letzten Jahres vor dem Ausscheiden mindestens 26 Wochen versichert war. Dadurch, daß von jetzt ab die Kriegsdienstzeit in dieses Jahr vor dem Ausscheiden nicht eingerechnet wird, leben die früheren 5 Monate — vom März bis August 1914 — wieder auf. Es kommen nun die 26 Wochen zusammen und die Fortsetzung der Mitgliedschaft als freiwilliges Mitglied ist damit möglich geworden. Genau so liegt es bei dem § 214 der Reichsversicherungsordnung, der die Bestimmung enthält, daß die Versicherten, die wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausscheiden, Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse behalten, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen 3 Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Auch dieses Recht ist an die Voraussetzung geknüpft, daß der Betreffende unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen oder in den vorausgegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen versichert war. Für ihn wirkt die neue Vorschrift genau so, wie für den, der die Versicherung freiwillig fortsetzen will.

Denen, die nicht sofort nach ihrer Entlassung Arbeit annehmen, kommt zugute, daß der Absatz 2 des § 2 der neuen Verordnung nicht noch weitere sechs Wochen über die Rückkehr hinaus der Dienstzeit gewissermaßen anrechnet.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung, Montag, den 20. November, nachmittags 4 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell.

Ein Antrag der Abgg. Rehren, Trecht (H.) und der Abgg. Randler (nl.) und Genossen auf Befreiung des Militäreinkommens aller Angehörigen des aktiven Heeres und der Marine von der Gemeindebesteuerung werden an eine Kommission verwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen betr. die Proklamierung des selbständigen Königreichs Polen.

Danach spricht das Haus die Erwartung aus, daß bei der endgültigen Ausgestaltung der Verhältnisse des neuen polnischen und nationalen Verhältnisse frei regelnden neuen Staatswesens dauernd wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Sicherungen Deutschlands im Königreich Polen geschaffen werden.

Das Haus der Abgeordneten behält sich seine Stellungnahme zu etwaigen politischen Schritten, welche die Interessen der polnischen Sprache in Deutschland betreffen, nach Abgabe der weiteren Entwicklung der Verhältnisse vor. Es erklärt aber schon heute keine Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in der deutschen Ostmark für möglich, der geeignet wäre, den deutschen Charakter, der mit dem preussischen Staat unlosbar verbundenen und für das Dasein sowie die Machtstellung Preußens und Deutschlands unentbehrlichen östlichen Provinzen irgendwie zu gefährden.

Abg. v. Heydebrand (L.):

Unsere deutschen Soldaten, die das Königreich Polen erobert haben, sollen ihr Blut nicht umsonst für die deutschen Interessen hingegossen werden. Die Regelung der Verhältnisse in dem neuen polnischen Königreich wird von außerordentlich großem Einfluß auch auf die innerpolitischen Verhältnisse unserer preussisch-polnischen Provinzen sein.

preussisch-polnischen Provinzen

Gegenüber dieser neuen Entwicklung der polnischen Frage wünschen meine politischen Freunde sich ihre Entschliebung über etwaige politische Maßnahmen, die die Bevölkerung dieser Provinzen betreffen, vollständig vorzubehalten. Wir wollen abwarten, wie die Ereignisse sich entwickeln werden sowohl in sachlicher wie in persönlicher Beziehung. An dem deutschen Charakter unserer preussischen Ostprovinzen werden wir jedenfalls nicht rütteln lassen. (Bravo! rechts.) Die werden die Interessen der deutschen Bewohner dieser Provinzen nicht im Stich lassen. Unter diesen Gesichtspunkten bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Minister des Innern v. Loebell:

Ich sehe voraus, daß die Gesamtheit dieses hohen Hauses sich auf den Boden der Tatsachen stellt, die durch das Manifest der beiden Monarchen der verbündeten Kaiserreiche geschaffen sind. Die preussische Staatsregierung trägt ihren Anteil an der Verantwortung für diesen Schritt von weltgeschichtlicher Bedeutung in der zutreffendsten Hoffnung, daß er in Gegenwart und Zukunft dem Deutschen Reich zum Nutzen gereichen wird. In dem neu erstehenden polnischen Staat erhalten die Polen aus den Händen der siegreichen Zentralmächte neues, selbständiges nationales Leben, das sie sich mehr als ein Jahrhundert ersehnt und erstrebt haben.

selbständiges nationales Leben,

Indem der neue polnische Staat fest vereinigt wird mit Deutschland, — so auch mit Oesterreich-Ungarn, — wird, so hoffen wir, auch des Deutschen Reiches Grenze nach Osten gesichert und gesichert werden. Deutsche und polnische Lebensinteressen haben sich in diesem Weltkrieg gefunden, sie sind durch das Novembermanifest verbunden und sollen in Zukunft nutzbar sein. Diese geschichtliche Tatsache ist bezeugt durch das Blut, das die polnischen Legionen an der Seite der heldenmütigen deutschen und österreichisch-ungarischen Heere vergossen haben. (Bravo! bei den Polen), und das wird bekräftigt werden, wenn neue polnische freiwillige Bataillone an der Seite ihrer Vorkämpfer ihrer freiwilligen Einheit, an der Seite ihrer Vorkämpfer ihre polnische Tapferkeit einbringen zur Verteidigung für die Zukunft Polens gegen den noch immer vom Osten her herandrängenden Gegner. (Bravo! bei den Polen.) Die Bedeutung des Ereignisses im Zusammenhang mit den politischen Problemen des Weltkrieges hat der Reichstagspräsident im Reichstagsauschuß vertraulich dargelegt und weitergehende allgemeine politische Darlegungen sind jetzt wohl zu vermeiden. Auch ich anerkenne und betone, daß die Gestaltung der Verhältnisse im Osten die besonderen geschichtlichen Aufgaben des preussischen Staates auf das Innigste berührt. Zur Beratung darüber war im Staatsministerium genügend Raum und selbstverständlich nimmt das Staatsministerium unter allen Umständen die preussischen Staatsinteressen pflichtgemäß wahr und widmet allen nur möglichen Rückwirkungen darauf, in Zukunft und vor allem vor Gestaltung endgültiger Verhältnisse besondere Aufmerksamkeit. Jeder Fußtritt des im Osten in jahrzehntelanger schwerer und fruchtbarer Verwaltungsarbeit gewonnenen Bodens ist Preußen heilig und unveräußerlich. Seinen nationalen Aufgaben im Osten wird der preussische Staat treu bleiben. (Lebhafte Beifall.) Er erfüllt damit eine Aufgabe für das ganze deutsche Volk. Die Regierung erwartet, daß die preussischen Polen ihr diese Aufgabe erleichtern werden, indem sie sich immer fester einleben in die Pflichten des preussischen Staatsbürgers und mit mir der Waffe in der Hand, so in der Friedendzeit dem deutschen Volke unvergängliche Treue erweisen, dem deutschen Volke, dessen Opfer und Siege dem polnischen Volk das Recht erkämpfen haben, im eigenen nationalen Staat jenseits der preussischen Grenze freie polnische Staatsbürger zu sein. (Lebhafte Beifall.) Deutsche und Polen werden sich noch nähertreten, wenn der polnische Staat jenseits unserer Grenze endgültig errichtet sein wird. Diese Wahrheit wird auch mitsprechen, wenn nach dem Kriege Befreiung und Verwaltungspraxis daraufhin geprüft werden sollen. Die Entschlüsse der Regierung werden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen sein. (Beifall.) Mit dieser Versicherung, der voll zu vertrauen die Polen allen Anlaß haben, muß es genügen, solange uns normale friedliche Verhältnisse nicht die Möglichkeit geben, diese schwierigen Aufgaben mit der gebührenden Sorgfalt und Gründlichkeit zu lösen. Ueber die Erklärungen hinaus, die ich im Februar 1916 im Haushaltsauschuß und im Januar 1916 in diesem Hause abgegeben habe, ein Programm zukünftiger preussischer Ostmarkenpolitik hier zu entwickeln, muß ich mir in diesem Zeitpunkt und in diesem Augenblick verlagen.

polnischen Legionen

Aus tiefer innerer Überzeugung heraus bekenne ich — und ich bin den Antragstellern dankbar, daß sie mir dazu Gelegenheit geben: Die überkommenen und bisher gelösten deutschen Aufgaben Preußens im Osten werden in naher und ferner Zukunft bestehen bleiben. Der Schatz und die Erhaltung des Deutschthums wird die Aufgabe Preußens bleiben, die es zu erfüllen hat für das deutsche Volk, für deutsche Kultur, für deutschen Geist. Das Kulturwert, das Preußen dort für Deutschland geschaffen hat, ist ein deutsches Gut von unerglichem Wert. Wir werden es pflegen und fördern, damit es dauernd wird. (Lebhafte Beifall.)

Erhaltung des Deutschthums

Das Parlament steht vor einer vollendeten Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung. In langersehnter Unabhängigkeit können die Polen an der Seite der beiden verbündeten Mächte ihre Kräfte

Abg. Dr. Padniak (Sp.):

Das Parlament steht vor einer vollendeten Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung. In langersehnter Unabhängigkeit können die Polen an der Seite der beiden verbündeten Mächte ihre Kräfte

mun entfalten inmitten des westeuropäischen Kulturkreises, dem sie mit allen Wurzeln ihres Lebens angehören. Wir begrüßen den wiedererstandenen Staat als unseren Bundesgenossen. (Beifall links.) Soll die Hoffnung auf den vereinten und erkämpften Frieden, unter dessen Segnungen die Völker sich ihren Lebensaufgaben widmen, sich erfüllen, so muß alles vermieden werden, was Schwierigkeiten schaffen und das Vertrauen untergraben könnte. Jede Partei hat jetzt die Pflicht, das Befreiungswort zu fördern; eine solche Förderung können wir in dem Antrage nicht erblicken. Die Schaffung von Sicherungen Deutschlands im Königreich Polen ist selbstverständlich und von der Reichsleitung von vornherein in Aussicht gestellt worden. Die Wahrung deutscher Interessen in den Ostprovinzen muß jeder Deutsche fördern; die Antragsteller haben aber bisher eine Politik getrieben, die nicht zu dem erwünschten Ziel führte. So wenig der wirtschaftliche Fortschritt zu verkennen ist, der sich mit fast einer Milliarde Mark zu Anstiedlungszielen erreichen ließ — das politische Ergebnis blieb unbefriedigend, die Wirkung auf die auswärtigen Beziehungen wurde außer Acht gelassen.

Anstiedlungsverbot, Sprachenbehandlung, Enteignung.

wirkten auf Entfremdung hin. Der Antrag sagt nicht, daß dieser Weg verlassen werden soll, zu einer Neuorientierung aber liegt jetzt der dringendste Anlaß vor. Eine einheitliche und verlässliche Politik ist notwendig. Die Polen haben Blut und Leben eingeleistet für das gemeinsame Vaterland, wir können den preussischen Polen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung nicht länger vorenthalten. Die Ausnahmegesetze sind unhaltbar geworden und müssen beseitigt werden. Allerdings erwarten wir von den preussischen Polen die Anerkennung des geschichtlichen Bestandes und die innere Bereitwilligkeit, in den untrennbaren mit dem preussischen Staat verbundenen Ostprovinzen einträchtig mit uns an dem wirtschaftlichen und politischen Aufbau zu arbeiten. Das Prinzip des Nationalstaates ist fast nirgends auf der Welt in voller Reinheit durchgeführt. Auch die Deutschen ertragen es, daß sie nicht alle in demselben Staatsverband vereinigt sind. Bei beiderseitigem Entgegenkommen ist ein gebührendes Zusammenwirken möglich. Die Bestimmungen der letzten Jahrzehnte hatten ihre besonderen Gründe und sollten verschwinden. In einem Ausgleich der Genenstände scheint uns der vorliegende Antrag nicht das geeignete Mittel zu sein, deshalb lehnen wir ihn einmütig ab. (Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Freiherr v. Zedlitz (frk.):

Ich bitte den Antrag einmütig anzunehmen. Der Abg. Padniak sollte wissen, daß die Deutschen in den zweisprachigen Landesanteilen von der Einrichtung des polnischen Reiches sehr unerwünschte Rückwirkungen

auf diese Landesanteile befürchten, daß sie befürchten, man werde den Schatz des Deutschthums, der unerlässlich ist, um es dort zu erhalten, nicht in der bisherigen Weise fortführen. Das Abgeordnetenhaus hat die Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, daß diese Besorgnisse beseitigt werden. Das ist der Zweck des Antrages. Ich kann mit Genugtuung konstatieren, daß der Minister des Innern mit vollem Nachdruck betont hat, daß der

Schatz des Deutschthums

unerlässlich ist und dauernd erhalten bleiben soll. Mit dem Abgeordneten Padniak will ich mich in Auseinandersetzungen über die bisherige Ostmarkenpolitik nicht einlassen. Es ist besser, heute die Gegenseite nicht zu verächteln. (Zorniges Sehr richtig! links.) Der Schatz des Deutschthums ist unerlässlich gegenüber der wirtschaftlichen Verarmung durch das Polentum, dem es seit einem Menschenalter ausgesetzt gewesen ist. Was an den jetzt bestehenden Gesetzen und Verordnungen geändert werden kann, dafür werden die Erfahrungen dieses Krieges maßgebend sein. Es wird darauf ankommen, wie sich die polnische Bevölkerung der zweisprachigen Landesanteile selbst verhält. Der Ostmarkenverein hat den Polen die Hand zur Veröhnung weit entgegengehalten. Es wird darauf ankommen, ob die polnische Bevölkerung diese Veröhnungshand voll und herzlich mit Wort und Tat ergreifen wird. Die Polen werden selbst die Schmelde ihres Schicksals sein. (Bravo! rechts.)

Abg. Styczinski (Pole):

Ich habe namens meiner Freunde folgende Erklärung abzugeben: Wir sind uns der geschichtlichen Bedeutung der Zeit voll bewusst und empfinden die Last der Verantwortung in vollem Umfang. Wir hätten gewünscht, das Bewußtsein dieser Verantwortung auf allen Seiten zu finden. (Sehr gut! bei den Polen.) Es wäre dann wohl ein Antrag wie der vorliegende nicht eingebracht worden. (Sehr richtig! bei den Polen.) Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für die Folgen der Erörterung des Antrages ab. (Sehr gut! bei den Polen.) Das polnische Volk hat das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren. Die fortgesetzte Verletzung dieses Rechtes auf nationale Einigung war nach unserer Überzeugung eine der Grundursachen des jetzigen Weltkrieges. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß das viele Blut in diesem Kriege nicht umsonst geflossen sein wird, wenn die Nationen Europas sich alleseitig zu der Überzeugung durchringen werden, daß die Freiheit anderer Völker den Lebensinteressen des eigenen Volkes nicht widerspricht. Die Anerkennung der nationalen Bedeutung der polnischen Frage ist ein Schritt vorwärts

Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit

auf dem Wege zu ihrer endgültigen Lösung. Das Kaiser-Manifest erfüllt uns mit Genugtuung, weil es aus dem Bewußtsein dieser Notwendigkeit entstanden ist und das Recht des polnischen Volkes auf Gründung eines selbständigen Staates im Prinzip anerkennt. Indes sind die vielfach geäußerten Befürchtungen, daß noch ein Teil des polnischen Volkes in der Jugendlosigkeit zu anderen Staaten bleibt und daß bei diesem Teil die Freiheit nur eine nominelle sein würde, durch den vorliegenden Antrag vollumfänglich beseitigt. (Hört! hört!) Nach dem Willen der Antragsteller, also der Mehrheit dieses Hauses, sollen dem in Bildung befindlichen Staat solche Fesseln auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet auferlegt werden, daß seine Freiheit und Selbständigkeit nur noch eine scheinbare sein würde. (Hört! hört! — Sehr wahr! bei den Polen.) Der Antrag beweist auch, daß die Antragsteller eine Verständigung zwischen dem deutschen und polnischen Volk direkt ablehnen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Wenn die Antragsteller von „polnisch-sprechenden Preußen“ statt von den polnischen Preußen reden, so sprechen sie uns die Rationalität ab, und das muß von uns als Provokation

aufgefaßt werden. (Unruhe rechts.) Mit der Notwendigkeit, dem angeblich deutschen Charakter unserer Heimat zu wahren, wurde die ganze Polenpolitik, die Verbannung der polnischen Sprache aus Amt, Schule und dem öffentlichen Leben begründet, wurden mehr als eine Milliarde Mark aus Staatsmitteln zur dauernden Verdrängung der Polen verwandt. Angesichts dieser Tendenz legen wir gegen den Antrag

feierlichen Protest

ein. Im übrigen beantragen wir namentliche Abstimmung und bitten, diesen unseren Antrag zu unterstützen. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. Friedberg (nall.):

Da die Regierung uns bisher nicht die Gelegenheit gegeben hat, uns über die Proklamierung des Königreichs Polen zu äußern, so haben wir dazu die Initiative ergriffen im Interesse der Beruhigung der Deutschen in der Ostmark. (Sehr richtig! rechts und b. d. Nationalliberal.) Wenn wir im Osten einen neuen Nachbar bekommen, so müssen wir vorher wissen, wie er beschaffen ist. Dr. Padniak meinte, der Antrag enthalte nur Selbstverständliches. Das mag

für Sie selbstverständlich sein. Ob es für die Herren Polen selbstverständlich ist, darüber haben wir ja eben eine eigenartige Aufklärung bekommen. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich wundere mich, daß der polnische Redner uns unterstellt hat, wir ließen es an Wohlwollen gegenüber den Polen fehlen. (Lachen bei den Polen und Sozialdemokraten.) Wenn Sie das lächerlich finden, wenn Sie die zur Veröhnung ausgestreckte Hand abweisen, so bedaure ich außerordentlich, daß Sie selbst in einer so schweren Zeit

so wenig Takt

besitzen. (Stürmische Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen, große Unruhe und Gelächter bei den Polen und Soz.) Wir haben uns das Verantwortlichkeitsgefühl, das der Redner verlangte, in vollem Umfang klar gemacht. Wer aber diesem Verantwortlichkeitsgefühl nicht ganz treu geblieben, war der Redner der Polen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen. Unruhe bei den Polen.) Wenn man einer so großmütigen Tat wie der Neugründung Polens, die die Erfüllung des Traums ihrer Väter darstellt, gegenübersteht und spricht demgegenüber nur von einem bloßen Schritt auf dem Wege zur Freiheit und empfindet die Sicherheit der Interessen des Deutschthums nur als Fessel, dann ist das die beste Rechtfertigung für unseren Antrag. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Ich hoffe, daß die polnische Stimme von heute eine vereinzelte Stimme gewesen ist, daß die überwiegende Mehrheit der Polen diesseits und jenseits der Grenze anerkennen wird, daß wir nicht mehr fordern, als im Interesse der Selbsterhaltung unseres Staatswesens notwendig ist. Dann werden wir über die anderen Dinge, die Ihnen Beschwerde machen, mit uns reden lassen. Bis dahin bleiben wir auf dem Boden unseres Antrages. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Herold (Z.):

Der Antrag enthält zum größten Teil Selbstverständliches, und im übrigen Andeutungen so verschwommener Natur, daß damit alles Mögliche gemeint sein kann. Daher wäre er besser überhaupt nicht gestellt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Dafür spricht auch der bisherige Verlauf der Diskussion. Wir waren immer Gegner der preussischen Polenpolitik. Wenn man jemand gewinnen will, muß man ihm

mit Vertrauen entgegenkommen.

(Sehr wahr! bei den Polen.) Die Errichtung des neuen polnischen Staates ist eine Großtat der verbündeten Monarchen und wir hegen die sichere Erwartung, daß die Polen für die Zukunft sich auch als Verbündete des Deutschen Reiches fühlen werden. Sie sollten sie sich auch feindselig stellen gegenüber den Schöpfern ihres eigenen Staates. Von den Preußen polnischer Sprache erwarten und verlangen wir, daß sie sich ganz als Preußen fühlen. Wir wollen, daß sie sich in unserem Staate wohl fühlen. Dazu ist eine wesentliche Veränderung der Polenpolitik notwendig. Diese muß ein wesentlicher Teil der Neuorientierung sein. Den vorliegenden Antrag lehnen wir ab. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Es hat sich ein amüsanter Streit darüber entsponnen, ob die Einbringung des Antrages ein Beweis für großes taktisches Geschick und politische Klugheit war. Die Parteien haben sich gegenseitig Komplimente gemacht. In diesen Streit will ich nicht eingreifen. Ich begrüße es, daß durch Einbringung des Antrages wenigstens hier die Möglichkeit gegeben worden ist, über diese Dinge zu reden. (Lachen rechts.) In Ihrer Presse ist genau derselbe Standpunkt vertreten. Sie haben in Ihren Zeitungen Klage darüber geführt, daß der Reichstag überrollt und vor vollendete Tatsachen gestellt worden ist, und Sie beschwören sich auch in Ihrem Antrag, daß die Proklamierung Polens statgefunden hat, ohne daß dem Landtag Gelegenheit zur Meinungäußerung gegeben wurde. In den westlichen Kulturstaaten hätte unmöglich ein so weittragender politischer Schritt unternommen werden können, ohne daß die Volksvertretung und das Volk selbst darüber befragt worden wären. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Proklamierung ist ein autoritärer Akt.

autoritärer Akt.

das Volk wurde vor eine vollendete Tatsache gestellt, die Zurückziehung des Herrn von Loebell repräsentiert nicht das Parlament und erit recht nicht das Volk. Gerade bei der Beurteilung, die die Reichsleitung so ziemlich auf allen Seiten findet, ist es ungeheuerlich, daß das deutsche Volk in dieser Weise übergangen wurde. Man hat versprochen, daß über die Kriegszieleforderungen das Volk gehört werden sollte, innegehalten hat man nicht, denn die Schaffung Polens ist ein außerordentlich wichtiger Teil der Kriegszieleforderungen. Wenn man dem Volk und seiner Vertretung die elementarsten Rechte vorenthält, wie wird man da im Ausland und im Volk über die deutsche Mission zur Völkervereinigung denken! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag ist zum großen Teil selbst schuld an dieser Behandlung; daß die Polenproklamierung bevorstand, piffen die Spähen vom Dache, die Manierrede über Polen wäre auch im Plenum gehalten worden, wenn der Reichstag auf freie Aussprache verzichtet hätte. Dieser Verzicht wurde nicht abgegeben, mit vollem Recht, und darum wanderte die Angelegenheit in die Kommission. Warum haben Sie nicht im Reichstage Protest erhoben gegen die Übergehung des Parlaments, die Sie jetzt in Ihrem Antrag rügen? Aber freilich, eine Aussprache im preussischen Dreiklassenparlament ist Ihnen wohl angenehmer als eine im Reichstag. Ihre Presse hatte erklärt, jede Verantwortung abzulehnen, aber das kann man nicht durch Worte und Verwahrungen tun, sondern nur dadurch, daß man alle Kräfte einsetzt, um Handlungen, die man für verfehlt hält, zu verhindern. Das haben Sie nicht getan, und Sie tragen daher die volle Verantwortung. Bei dem Gedanken dabei mag Ihnen allerdings höchst unbehaglich zumute sein; mancher unter Ihnen wird es höchst bedenklich finden, daß die traditionelle Freundschaft zwischen der preussischen Reaktion und dem zaristischen Absolutismus in die Brüche gehen muß. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und dabei wünscht ein Teil Ihrer Presse einen

Sonderfrieden mit Rußland,

um desto schroffer sich von den freiheitlichen Weltstaaten abzuwenden und durch eine reaktionäre heilige Allianz die reaktionären Zustände Preußen-Deutschlands konsolidieren zu können. Auch wir Sozialdemokraten sind keineswegs für eine Vereinigung des deutsch-russischen Gegenjokes, wir wünschen, daß wir mit allen anderen Ländern, auch mit Rußland, sobald wie möglich wieder in ein freundschaftliches Verhältnis zurückkehren. Wir wissen, daß alle Erlösprojekte gegenüber dem russischen Volk und einzelnen seiner Bestandteile nur Dingespinnerei oder Gaukelei sind. Die Völkervereinigung ist nicht Aufgabe des gegenwärtigen Krieges, die Völker mögen sich selbst befreien und dazu wollen weder wie die Hilfe anderer Länder noch brauchen andere Länder unsere Unterstützung.

Mit der nationalen Sehnsucht einer Nation von 20 bis 25 Millionen Angehörigen kann man nicht sein Spiel treiben, ohne Geißler zu beschwören, die man nicht los wird. Diese Sehnsucht werden Sie mit keinen Mitteln unterdrücken können. Sie wollen ja Polen fest in der Hand behalten, das hat auch der Minister unterstrichen. Eine solche Befreiung Polens bedeutet nichts als die

Annexion in anderer Form.

Mit ist von kundigen Leuten berichtet worden, daß die Bearbeitung über das Manifest nicht gar so groß gewesen sei. Der Hauptvorwand der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen und das Zentralkomitee der polnischen sozialdemokratischen Parteien im Auslande haben eine ablehnende Stellung dazu eingenommen.

Erfreulich ist es, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt hat, an eine Zwangsrekrutierung in Rußland werde nicht gedacht. Dieses Versprechen muß strengstens innegehalten werden, denn das Völkerrecht verbietet es, daß die Einwohner eines besetzten Landes zu Kriegszwecken gegen das Land, dem sie angehört haben, verwendet werden. Gerade Deutschland, dessen Regierung sich jetzt für die Schaffung eines neuen und besseren Völkerrechts ausgesprochen hat, muß das bestehende Völkerrecht unbedingt beachten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was die Forderung Ihrer Resolution auf Wahrung des deutschen Charakters der Ostmark bedeutet, das weiß ja jedes Kind. Sie möchten Ihre bisherige

halatistische Politik

Ihre zwangsmäßige Germanisierungspolitik fortsetzen. Man will die Polen glimpflich behandeln, wenn sie die vom — Freiherren von Bethlich ausgehende Hand der Verjüngung ergreifen, d. h. die Polen sollen fürderhin nicht mehr behelligt werden, wenn sie aufhören, sich als Polen zu fühlen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Erklärung der Polen beweist, daß sie diese Bedingung nicht akzeptieren und Sie, die Sie auf einem nationalen Standpunkt stehen, können unmöglich einem anderen Volk ansinnen, daß es auf sein Nationalgefühl verzichtet. Zentrum und Freisinn hoffen auf die Neuorientierung. Sie ist vorzichtigerweise bis nach Beendigung des Krieges verschoben und was es mit ihr auf sich hat, haben wir während des Krieges erlebt: der Sprachenparagraf des Reichsvertrages wurde nicht beseitigt, den Polen selbst bei dem Gesetz zur Ansiedelung der Kriegsinvaliden nicht einmal die vollständige Gleichmäßigkeit zugesichert. Mit einer solchen Neuorientierung können alle diejenigen natürlich nicht zufrieden sein, die die volle Gleichberechtigung auch der fremdsprachigen Elemente im Reich und in Preußen fordern.

Wir wollen uns keiner Täuschung hingeben: gerade wenn es möglich wäre, jenes sogenannte unabhängige Polen zu schaffen, dann würde sich Ihre Angst, die sich jetzt in dem Antrag Luft gemacht hat, um so mehr zeigen, dann würden die preussischen Nachbarn den Polen in Preußen die Fägel noch strenger anziehen. Das wäre nur ausgeschlossen, wenn das ganze bisherige

preussische Wahlrecht

von der Wählfähigkeit verschwindet. (Auf rechts: Zur Sache!) Ich hoffe ja allerdings, daß das geschehen wird, ich hoffe auch auf die Neuorientierung, aber nicht als Dank der herrschenden Klassen für die Kriegsoffer des Volks. (Auf: Zur Sache!) Der Präsident ruft den Redner zur Sache. Herr Herold hat auch von Neuorientierung gesprochen. Ihre Ungeduld beweist wieder, wie wunderbar freibeiwillige Zustände wir in diesem Hause haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.)

Der sozialdemokratische Standpunkt gegenüber der polnischen Frage ist der folgende: die Sozialdemokratie vertritt das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dies ist nicht eine Forderung aus einem ideologischen Wollenwundersheim, sondern das logische Ergebnis der freiheitlichen demokratischen Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei überhaupt. Weil die Sozialdemokratie jede Politik der Unterdrückung bekämpft, bekämpft sie auch jede Vergewaltigung einer Nation. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist sie aber auch nicht Anhängerin der Atomisierung der Nation, denn sie weiß, daß die großen wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben der Nationen nur in großen Staatsverbänden gelöst werden können. Die Sozialdemokratie betrachtet die sogenannten Nationalstaaten auch nur als Zwischenstadium zu der allgemeinen zwischenstaatlichen Entwicklung. Sie hofft, daß es möglichst bald einmal zu den Vereinigten Staaten von Europa kommt. Aber all das soll auf Grund freien Anschlusses der Nationen geschehen,

nicht durch Zwang.

Auch die polnischen Sozialdemokraten selbst halten das Mittel einer kriegerischen Befreiung Rußisch-Polens für durchaus verfehlt. In ihrem Manifest heißt es: „Das polnische Proletariat läßt sich nicht verführen durch die sinnlose Legende von der Befreiung des Imperialisismus. Die hochherzigen Wohlwäter der isolierten Regierungen Deutschlands und Oesterreichs werden in ihm keinen deutlichen Vertrauen als die betrügerischen Verheißungen des Jorismus.“ Also die Sozialdemokraten Polens lehnen es föhrl ab, von Deutschland in der bekannten Weise befreit zu werden. Sie erwarten ihre Befreiung von den Kräften der Demokratie, nicht von denen des Imperialisismus und Militarismus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man könnte nun sagen, wenn der Militarismus ohne sein inneres Wollen unter dem Zwang der Verhältnisse ein Werk zustande bringt, das wenigstens in der Richtung sozialdemokratischer Bestrebungen liegt, kann sich dann die Sozialdemokratie noch ablehnend verhalten? Darauf ist zu antworten: Wenn beim Friedensschluß als Ergebnis der Verständigung der Nationen die Unabhängigkeit Polens zustande kommt, ohne daß daraus eine dauernde Feindschaft mit Rußland erwächst, so wäre dagegen gar nichts einzuwenden. Jetzt denkt aber Rußland nicht daran, auf Kongresspolen zugunsten Deutschlands zu verzichten. Nach den Erklärungen der russischen Regierung ist unzweifelhaft, daß der Krieg durch die Proklamierung des sogenannten unabhängigen Polens eine Verhärtung erfahren wird, daß er mit größerer Erbitterung und längerer Dauer geführt werden wird. Darum würden alle Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie nicht als Heuchelei, würden alle Proteste gegen die Annexionspolitik nicht als Heuchelei, würden alle Proteste gegen die Annexionspolitik Kraft gegen jede Aktion antämpfen, die den Krieg zu verlängern und zu verschärfen droht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Soll um des unabhängigen Polens willen, das Sie aus falschen Voraussetzungen als Schutzwall gegen Osten betrachten, noch eine Million deutscher Soldaten in Massengräbern vernichtet werden?

Jeder Konfliktstoff, der einen Friedensschluß verhindern kann, muß beseitigt werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen Deutschland, wir wollen Europa den Frieden bringen. Das ist uns unendlich wichtiger, als die imperialistische Befreiung Polens, mit der auch Polen nicht gedient ist, das dann nur das Schicksal eines neuen künftigen Weltkriegs bilden würde. Es ist gar nicht nötig, daß nach Friedensschluß Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland und den übrigen Nationen bestehen bleibt. Die aggressiven Koalitionen können verschwinden durch internationale Verständigung, durch Abrüstung, aber nicht durch Wettrüsten zu einem neuen noch schrecklicheren Weltkrieg. Wenn irgend etwas während dieses Krieges konterrot gemacht hat, dann der Militarismus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Auf rechts: Zur Sache!) Wer hat denn entscheidende Erfolge erzielt? (Große Unruhe rechts.) Die Erfolge unserer Gegner werden ebenso an der Macht der deutschen Gruppen scheitern, wie alle deutschen Unterwerfungsversuche an der Macht unserer Gegner. (Präsident Graf Schwerin-Löwisch ruft den Redner zur Sache.) Ich bin ohnehin am Ende meiner Ausführungen. (Lebhafte Bravo! rechts.) Sie rufen Bravo, während Sie doch selbst in Ihrer Presse eine freie Aussprache gewünscht haben. Das ist Heuchelei. Sie wollen nicht, daß das Volk erfährt, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Aber diejenigen, die die gegenwärtige Politik betreiben, werden vom Volke zur Verantwortung gezogen werden. Das Volk wird einmal erkennen, daß sie die größten und schlimmsten Schädlinge des deutschen Volkes und der Menschheit überhaupt gewesen sind. Ich hoffe, daß die Weltgeschichte bald über sie zur Tagesordnung übergehen wird, und daß man alle Kriegsgötter künftig als Auswurf der Menschheit bezeichnen wird. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.)

Minister v. Löbel:

Ich weiß es weit von mir, dem Vorkredner auf seine größtenteils unerhörten Ausführungen zu antworten. Die übervolltändige Mehrheit dieses Hauses steht turnhoch über solchen Ausführungen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich würde mich herabwürdigend, wenn ich es für nötig hielte, ein Wort darüber zu reden. Es ist tief bedauernd, daß in einem deutschen Parlament eine solche Rede gehalten werden konnte. (Sehr richtig! rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Der Vorkredner hat die

Geschäfte unserer Feinde

besorgt. Das deutsche Volk wird sich aufbäumen gegen solche Ansichten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bin zu dieser Klarstellung verpflichtet, damit nicht diese Rede ins Land geht, ohne hier eine Erwiderung gefunden zu haben, die entschieden weitesten Nachhall im ganzen Lande finden wird. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Diese Ausführungen standen so turnhoch unter dem Niveau aller Reden, die wir sonst hier zu hören gewohnt sind, daß eine Antwort etwas ganz Unverdienliches wäre. Wenn es freilich darauf ankäme, in Entrüstung zu machen, scharfe Ausdrücke zu gebrauchen, die direkt als Schimpfworte angesehen werden können, wie „beschämend“, „unerhörte Ausdrücke“ (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung), dann hätte der Minister die Ausdrücke nicht gebrauchen sollen. Ich bitte den Präsidenten, in derselben Weise, wie mir gegenüber, auch dem Minister gegenüber zu verfahren. (Große Unruhe rechts, der Präsident verbittet sich eine solche Kritik seiner Geschäftsführung.) Nicht ein armseliges Argument zur Widerlegung meiner Ausführungen hat der Minister vorzubringen vermocht. Warum schweigt er denn nicht lieber. Lassen Sie doch das Volk selbst urteilen. (Auf rechts: Volksterräter!) Der Minister hat ja auch behauptet, meine Ausführungen dienten dazu, die Geschäfte des Auslandes zu besorgen. (Sehr richtig! rechts.) Ihre Politik, Ihre Kriegspolitik, Ihre namenlos unsinnige Politik schädigt die Interessen des deutschen Volkes. Dadurch bekommt das neutrale Ausland nicht die beste Auffassung von Deutschland. (Unruhe rechts.)

Präsident Graf v. Schwerin-Löwisch:

Ich rufe Sie zur Sache und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen eines weiteren Rufes zur Sache aufmerksam. (Abg. Hoffmann (Soz.): In dieser Rede war es erst der erste Ruf zur Sache!)

Abg. Ströbel (fortfahrend):

Der Minister meinte, das Volk würde sich aufbäumen gegen meine Ausführungen. Herr Minister des Innern, sorgen Sie kraft Ihres Amtes dafür, daß ähnliche Ausführungen vor dem Volke gemacht werden können. Dann werden Sie sehen, wer sich aufbäumt und gegen wen man sich aufbäumt. (Bravo! b. d. Sozialdemokraten.) Damit schließt die Debatte.

Der Antrag der Polen auf namentliche Abstimmung wird auch von den Fortschrittlichen, Sozialdemokraten, Dänen und dem Zentrum unterstützt.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags mit 180 gegen 104 Stimmen bei 3 Stimmenthaltung.

Nächste Sitzung: Montag, den 4. Dezember, 1 Uhr. (Ernährungsfragen.)

Schluß 7¼ Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der Geschäftsbericht der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft bietet ein Bild außerordentlicher Prosperität und verstärkt den Eindruck des bereits veröffentlichten Abschlusses. Für die Bilanzierung war der Grundsatz maßgebend, alle Werte, Beteiligungen oder Guthaben so weit abzuschreiben, daß ein Verlust bei einer eventuellen späteren Realisierung im Frieden ausgeschlossen ist. Das Effektenkonto steht niedriger zu Buche als im Vorjahre, obwohl die Gesellschaft große Summen Kriegsanleihe gezeichnet hat. Daraus folgt, daß sie entweder die Kriegsanleihe unter der Hand abgestoßen oder abgeschrieben hat. Die Maschinen und Werkzeuge der Fabriken stehen nur mit je 1 M. zu Buche. Das Bankguthaben beträgt 135,7 Millionen gegen 90,6 Millionen im Vorjahre. Die Gesamthöhe wie die Steigerung sind enorm. Ueber das Friedensgeschäft und den Geschäftsgang wird gefolgt:

Das Friedensgeschäft, wenngleich durch Beschlagnahmen vielfach behindert, hat im Zusammenhang mit dem Kriegsbedarf neue Aufträge erhalten; zumal aus der Schwerindustrie liegen große Aufträge vor. Das Installationsgeschäft für isolierte Anlagen und Anschlüsse war lebhaft und lohnend, aber durch Mangel an Arbeitskräften erschwert. Der Absatz an Glühlampen, Elektrifizierungsmaschinen und Heizapparaten im In- und Auslande übertraf den des Vorjahres. Die Abweisung für Zentralstationen konnte das Kraftwerk Hühornweg der Elektrowerke A.-G. im Dezember 1918 betriebsfertig übergeben. Eine Erweiterung um 90 000 KVA mit vier Turbodynamos von je 22 500 KVA nebst Kesselanlagen und sonstige Einrichtungen wurden und zur Stromversorgung der Elektro-Nitrum-A.-G. in Auftrag gegeben. Wir nahmen ferner in Vessellung für die Stadt Berlin eine 20 000 KVA-Turbodynamo nebst Uniformern für 1800 und 1500 KW und für die Schleißische Elektrizitäts- und Gas-Aktiengesellschaft eine Turbodynamo von 21 000 KVA. Von der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk-Aktiengesellschaft erhielten wir einen Auftrag auf zwei vollständige Dampfmaschinen mit Kondensationen, jeder für eine Leistung von 50 000 WK, sowie einen Generator für 60 000 KVA, ferner zwei Transformatoren für eine Spannung von 100 000 Volt, mit einer Leistung von je 60 000 KVA; außerdem zwei vollständige Turbogeneratoren mit Kondensationen für eine Leistung von je 14 000 KW. Der Auftrag auf diese Maschinen, deren Leistung die der größten jemals gebauten Dampfmaschinen beträchtlich übersteigt, ist von besonderer Bedeutung, weil er einerseits zeigt, daß der Krieg die Fortentwicklung deutscher Industrie nicht aufgehalten hat, andererseits die Errichtung von Kraftwerken auf eine neue Stufe stellt. Die Bahnabteilung förderte die Arbeiten für die A.-G.-Schnellbahn A.-G., deren Tunnel unter der Spree seiner Vollendung entgegensteht. Die uns nahestehenden Betriebe brachten im allgemeinen bessere Ergebnisse als im Vorjahre; der Betrieb in Jassy ist seit der Kriegserklärung an Rumänien der Zwangsverwertung verfallen.

Der Geschäftsbericht der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals L. Schwarzlopp teilt mit, daß nicht nur die Kriegsmaterialabteilung, sondern auch der Lokomotivbau und der allgemeine Maschinenbau starke Umsatzsteigerungen aufweisen. Dasselbe wird auch von den Rassel-Schwarzlopp-Werken, G. m. b. H., gesagt. Dagegen halte sich der Seg- und Maschinenmaschinenbau sowie die Abteilung für Druckluftmaschinen auf der Höhe des Vorjahres. Die Wertsumme der im Bau befindlichen Lokomotiven wird mit 2,3 Millionen Mark gegen 2,1 Millionen und die übrigen Arbeiten mit 4,9 gegen 4,7 Millionen Mark angegeben. Die Unkosten sind von 5,3 auf 8 Millionen Mark gestiegen, die Löhne von 7,5 auf 12 Millionen Mark. Der Auftragsbestand beträgt 103 (im Vorjahre 69) Millionen Mark. Die Gesellschaft ist über das Geschäftsjahr hinaus voll beschäftigt.

Die Aktiengesellschaft Mix u. Genest (Telephon- und Telegraphenwerke in Schöneberg) teilt mit, daß sie bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sei.

Das Ergebnis der Juckerente. Der „Frankf. Jg.“ wird aus Hamburg geschrieben, daß die Ernte ziemlich beendet ist, daß die Fabriken durch die Schwierigkeit bei der Enteroeinbringung ihre Verarbeitungsfähigkeit noch immer nicht voll ausnützen können. Infolge des Mangels an Futtermitteln werden Juckerernten leider veräußert. In welchem Umfange die Gesamtmenge der zur Verarbeitung gelangenden Rüben durch direkte Verfütterung oder durch zu starkes

Rüben geschmälert wird, läßt sich schwer beurteilen. Die Ausbeute ist durchschnittlich um ¼ Proz. höher als im Vorjahre, obwohl die Rüben an der Küste sowie im Westen und Süden des Reiches unter der Ungunst der Witterung gelitten haben.

Ein Rekordpreis für Baumwolle. Der Preis für Baumwolle ist seit Kriegsausbruch von 6 auf 20 Cents das Pfund gestiegen. Die amerikanischen Baumwollfarmer leiden also nicht darunter, daß die Mittelmächte nicht als Käufer am Markt erscheinen. Der hohe Preis — der höchste seit einem halben Jahrhundert! — erklärt sich aus der schlechten Ernte, der raschen Entwicklung der Textilindustrie in den Vereinigten Staaten und dem großen Bedarf an Schießbaumwolle.

Rekordpreis für Kupfer. Der Preis für das Pfund Kupfer ist in New York seit Kriegsausbruch von 13½ auf 22 Cents gestiegen. Bei dem großen Bedarf der kriegführenden Länder ist nicht sicher, ob dieser, bisher höchste Preis, nicht noch überschritten wird.

Aus Groß-Berlin. Schnee und Kälte

haben uns die letzten Tage in einem Maße gebracht, das wir bei den auf Marke und Bezugslochein gesehnen Gemüthen längst nicht mehr kennen. Wessen Fenster gar gen Osten liegen, der konnte trübinnige Betrachtungen über Winddurchlässigkeit, Undichtigkeit und andere physikalische Probleme anstellen. Und manch einer brach entschlossen mit aller Schönheit und stopfte entschlossen alles, was an altem Zeitungspapier „sofort greifbar“ war, zwischen die Doppelfenster und beschloß wieder einmal, nun aber doch Fensterlatten anzuschaffen.

Jede solche Kälteperiode legt eine Betrachtung unserer Heizeinrichtungen nahe. Wie ist es denn an solchen Tagen? Die Hitze aus den teuren Kohlen geht einfach zum Schornstein hinaus, oben wärmen sich behaglich die Epochen, aber in den Stuben ist es nur um den Ofen warm, und schon am Tisch ist es ungemütlich kalt. Und wieviele Stuben mögen noch in dieser Zeit, wo die Kohlenversorgung teurer und oft genug auch schwächer ist, ungeheizt bleiben; in wievielen mag die Heizung nicht richtig erfolgen, weil die Familienerhalterin schon zu früher Stunde in die Arbeit muß!

Da kommt man in ein Bureauhaus, das Zentralheizung hat und siehe da — die Heizkörper sind nicht etwa in der fernsten Zimmercke, nein, sie sind direkt unter den Fenstern angebracht, und so wehrt die von ihnen aufsteigende Wärme dem Frost den Eintritt. Der alte „gemütliche“ Ofen erweist sich als der Feind der gemütlichen warmen Stube; sie ist aus dem Wohnhaus längst in die nüchternen Geschäfts- und Bureauhäuser umgezogen. Es wird jetzt so viel von der Reform der Wohnungswesen geredet. Aber meistens handelt es sich dabei, wenn man näher sieht, um die Finanzfragen des Hausbesitzes, da ja leider immer noch das Weherbergen der Menschen eine geschäftliche Privatangelegenheit ist, während sie doch die oberste Aufgabe der Öffentlichkeit sein müßte. Gewiß, bei der Wohnungsreform wird auch viel von der Anlage der Städte, von der Verteilung des zu bebauenden Bodens, vom Verkehr mit den Außenvierteln und von der Hygiene geredet. Aber es sei doch den Wohnungserformern und den Gesetzgebern, die sich demnächst im Landtage wieder einmal mit dem ewig wiederkehrenden und noch nie erledigten Wohnungsgesetz befassen müssen, nahegelegt, sich auch mit solchen Fragen, wie es zum Beispiel die Heizung ist, gründlich zu beschäftigen. Das sind wirklich keine nebensächlichen Privatangelegenheiten.

Der Krieg hat uns schon gelehrt, wie maßlos unwirtschaftlich es ist, daß in jedem Haus aus Dutzenden von Feuerstellen Kohlen verbrannt werden und Essen gekocht wird, statt daß mit weniger Heizstoff und viel sparsamerer Fettverwendung gemeinsam gekocht würde. Die Einzelheizung der Wohnungen bedeutet eine wohnmäßig noch zwecklosere Vergeudung. Wenn sie schon bestehen bleibt, so müßte sie wenigstens zur Zentralheizung für die Einzelwohnung werden, mit Heizkörpern vor den Fenstern. Was da nur an Dingen geparkt würde!

Mögen doch unsere Wohnungsgelahrten ergründen, wie das einzig richtige System der Zentralheizung vom Privilegium wohlhabender Leute und von der Möglichkeit für Großbetriebe zur Wohltat für alle gemacht werden könnte!

An unsere Abonnenten.

Infolge des vorgefertigen Schneetreibens und der dadurch unfahrbar gewordenen Wege konnte die Zustellung der Zeitung, besonders im Westen, vielfach nur unter großer Verzögerung erfolgen.

Wir bitten unsere Leser deshalb um Nachsicht. Expedition des „Vorwärts“.

Deutscher Wohnungsausschuß.

Auf Einladung des Deutschen Vereins für Wohnungsreform traten am Sonntag in Berlin die Vertreter einer großen Zahl von Körperschaften und Vereinigungen zusammen, um einen Deutschen Wohnungsausschuß zu gründen, dessen Aufgabe es sein soll, für ein großzügiges einheitliches Reformwerk von Reich, Staat, Gemeinde, gemeinnütziger, genossenschaftlicher und privater Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens einzutreten. Immer allgemeiner hat sich in fast allen Schichten und Parteien des deutschen Volkes die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform eine unbedingte Notwendigkeit für die Gesundheit und das weitere Gedeihen unseres Volkes ist. Der gewaltige Krieg hat diese Ueberzeugung nur verstärkt. Geleitet von ihr haben die Freunde der Wohnungsreform in Deutschland sich jetzt allgemehr zusammengeschlossen, um mit vereinter Kraft umso nachdrücklicher für die Herbeiführung einer Wohnungsreform wirken zu können.

Die Versammlung wurde mit einer Ansprache des Geheimen Rats Dr. Dieß eröffnet. Es folgten einleitende Vorträge von Professor Dr. Fuchs und Dr. v. Wangoldt. An die Vorträge schloß sich eine längere Aussprache. Eine erhebliche Zahl von Körperschaften trat dem Deutschen Wohnungsausschuß sogleich bei. Viele andere stellten ihren Beitritt in nahe Aussicht.

Vertreten waren auf der Tagung die eigentlichen Wohnungsausschußvereinigungen, darunter die großen Landes- und Provinzialvereine für Wohnungsweesen im Rheinland, in Westfalen, Hannover, Bayern, Baden, Hessen, Ostpreußen, im Reichsgebiet, in Württemberg, Groß-Berlin usw., ebenso zahlreiche Vaugenossenschaftsverbände und andere wichtige Körperschaften der Wohnungsreform aus allen Teilen des Reiches. Insbesondere traten der Kreis der Teilnehmer und Träger des Unternehmens weit hinaus über die eigentlichen Wohnungsausschußvereinigungen auf zahlreiche andere Körperschaften, die im öffentlichen und sozialpolitischen Leben eine große Rolle spielen und zu deren Arbeitsgebiet die Wohnungsfrage mit gehört. So erklärten entweder ihren Beitritt oder nahmen sonst dem neuen Unternehmen gegenüber eine sehr wohlwollende Haltung ein u. a.: die Gesellschaft für Soziale Reform, der Verein für Sozialpolitik, der Reichsverband der deutschen Städte, der Evangelisch-Soziale Kongress, der katholische Caritas-Verband, der Volksverein für das katholische Deutschland, der Bund Deutscher Frauenvereine, der Deutsche Lehrerverein, der Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der

Verband der Deutschen Gewerksvereine (D. G. V.), die Arbeitsgemeinschaft Deutscher technischer Verbände, der Bund technisch-industrieller Beamter.

In einer langen Reihe von Sympathieerklärungen wurde dem Wohnungsausschuss von allen Seiten nicht nur starke Zustimmung, sondern auch tatsächliche Unterstützung zugesagt und allgemein der Heberzeugung Ausdruck gegeben, daß nun endlich größere und wesentliche Fortschritte in der Wohnungsfrage erzielt werden müßten. Wenn auch nicht verkannt wurde, daß im Augenblick selbstverständlich die Kriegszeit große Beschränkungen auferlege, so hielt man doch dafür, daß schon jetzt vorbereitende Schritte zu gehen hätten.

Der Sitz des Deutschen Wohnungsausschusses ist Berlin. Die Geschäftsführung wird von der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für Wohnungsreform besorgt. (Post Frankfurt a. M., Hochstraße 28, demnächst Berlin). Zum ersten Vorsitzenden wurde der Vorsitzende des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Geh. Rat Dr. Dietz, gewählt, zu Stellvertretern Oberbürgermeister Dominikus und Prof. Dr. Fuchs. Der neue Ausschuss wird seine Tätigkeit alsbald aufnehmen.

Mehr Ausfertigungsstellen für Kleiderbezugscheine.

In die Kleiderbezugscheine hätte die Bevölkerung sich wahrscheinlich rascher gewöhnt, wenn man rechtzeitig und hinreichend dafür gesorgt hätte, die mit der Ausfertigung des Scheines verbundenen Schwierigkeiten zu mildern. Für Berlin wurde im „Vorwärts“ mehrfach darauf hingewiesen, daß es sich empfehlen würde, die über die Stadt verstreuten Ausfertigungsstellen zu vermehren und auch ihre Vorkaufzeit zu verlängern, damit den auf Erteilung eines Bezugscheines entragenden Personen beim Besuch der Ausfertigungsstelle nicht ein übermäßig großer Zeitverlust zugemutet zu werden braucht. Erfolgreichere hat man inzwischen bekommen, einige zu umfangreiche Bezüge von Ausfertigungsstellen zu teilen und neue Ausfertigungsstellen einzuführen, und für die nächste Zeit ist eine weitere Vermehrung der Ausfertigungsstellen beabsichtigt. Zu den anfänglich 23 Ausfertigungsstellen Berlins sind in den letzten Wochen durch Teilung von Bezirken des Nordwestens und des Westens zwei neue Ausfertigungsstellen hinzugekommen, eine 24. in der Rathenower Straße und eine 25. in der Königin-Augusta-Straße. Bezirksteilungen sollen noch im Südosten, im Nordosten und im Norden erfolgen, so daß neue Ausfertigungsstellen am Götlicher Ufer, in der Dautzger Straße, in der Eberswalder Straße, in der Gleimstraße und in der Kantstraße hinzukommen werden.

Vielleicht entzieht sich der Magistrat nun auch noch, die Vorkaufzeit der Ausfertigungsstellen an den Wochentagen bis in die späteren Abendstunden auszudehnen und auch an Sonntagen in den Vormittagsstunden die Büreaus offen zu halten. Mit der baldigen Erfüllung auch dieses Wunsches wäre allen gedient, die von früh bis spät durch ihre Erwerbsarbeit in Anbetracht genommen sind, besonders die vielen außerhalb des Hauses erwerbstätigen Frauen.

Die Kartoffelversorgung.

Der Berliner Magistrat schreibt uns: Der starke Frost, der seit mehreren Tagen, insbesondere in den östlichen Gebieten herrscht, aus denen wir vornehmlich mit Kartoffeln beliefert werden, macht es uns zur Pflicht, für einige Tage die zentnerweise Belieferung der Haushaltungen mit Winterkartoffeln zu unterbrechen, da es selber bei Anwendung größter Sorgfalt nicht möglich ist, nur solche Waggon zum Verkauf zu stellen, die völlig einwandfrei, also gar nicht vom Frost befallig sind. Als bald nach Aufhören der jetzigen Frostperiode werden wir versuchen, die Belieferung der Haushaltungen fortzusetzen.

Da ein großer Teil der Kartoffeln, die in den letzten Tagen nach Berlin gerollt sind, vornehmlich unter dem zum Teil recht scharfen Frost gelitten haben wird, wird nochmals dringend empfohlen, die zum laufenden Bedarf eingelaufenen Kartoffeln sofort mehrere Stunden in kaltem Wasser zu legen, damit der bei angefrorenen Kartoffeln übliche süße Geschmack vermindert wird.

Die Folgen des Austritts aus der Buttergemeinschaft.

Die Kreise Teltow und Niederbarnim sind demnach aus der Buttergemeinschaft „Groß-Berlin“ ausgeschieden und haben seit dem 10. November die Versorgung der Bevölkerung selbst übernommen. Die Kreise scheinen aber die nötige Organisation noch nicht durchgeführt zu haben, denn besonders im Kreise Teltow klappert es gar nicht. Mehrere Gemeinden beschwerten sich, in der vergangenen Woche überhaupt keine Butter erhalten zu haben. Die bisherigen Berliner Lieferanten der Kleinhandlärer in den Vororten können nicht mehr liefern, weil die Kreise außerhalb der Gemeinschaft liegen, und die ländlichen Molkereien liefern nicht genügend. Zur laufenden Fettversorgung von Zehntausenden von Personen gehören große Lager und Kühlräume, wie sie Berlin für die von der Reichsbutterstelle überwiesene Ware besitzt. Daraus hoben die Kreise bei der Schaffung ihrer Organisation wohl nicht genügend Rücksicht genommen. Die Bewohner des Kreises Teltow beschwerten sich, daß sie von ihrem Kreise auch sonst schlecht versorgt werden, vor allem keine Füllfrüchte erhalten können.

Mehlzulagen zu Weihnachten.

Wie gemeldet wird, soll auch in diesem Jahre, wie im vorigen, für das ganze Reich eine Sonderzuteilung von Mehl an die Verbraucher (nicht an die Bäcker) für die Zwecke der Weihnachtsbäckerei beabsichtigt sein. Es werde sich dabei allerdings nur um geringe Mengen handeln können. Ueber die Höhe der zur Verteilung bestimmten Stoffmenge werde das Kriegsernährungsamt voraussichtlich noch in dieser Woche Beschlüsse fassen.

Keine Beschlagnahme der Zigarren.

Offenbar zu spekulativen Zwecken ist die Nachricht verbreitet worden, auch die Zigarren würden beschlagnahmt. Von zuständiger Stelle wird nun mitgeteilt, daß bei den Behörden kein Mensch daran denke, die Zigarren zu beschlagnahmen. Zigarren seien in durchaus genügender Menge vorhanden; bei besseren Qualitäten sei eine Absatzstodung eingetreten.

Zur Lage der Straßencleiner.

Es wird uns geschrieben: In letzter Zeit tauchten wiederholt in bürgerlichen Blättern Notizen auf, wonach die städtischen Straßencleiner Berlins wiederum eine Feuerungszulage erhalten haben sollen. Wohl ist in den meisten übrigen städtischen Betrieben Berlins ab 1. Juni bezw. 1. Juli neben der allgemeinen Feuerungszulage noch eine anderweitige Zulage gewährt worden; in der Straßencleinerreinigung ist davon noch nichts zu merken, obwohl, wie es heißt, die Deputation schon entsprechende Beschlüsse gefaßt haben soll. Das fällt uns aber nicht weiter auf, denn auch die bisherigen Feuerungszulagen erhielten wir stets später, wenn auch mit rückwirkender Kraft, ausgezahlt als die anderen Betriebe. Der Dienst in der Straßencleinerreinigung ist seit Kriegsbeginn immer schwieriger geworden, weil mit immer weniger Leuten das gleiche Arbeitspensum geleistet werden muß. Neueingestellte Leute fehlen unserem Betriebe fast andernfalls in wenigen Stunden oder Tagen den Händen, weil sie bei den jetzigen Löhnen die durchaus nicht leichte oder angenehme Arbeit leisten können.

Die Hauptlast an den Zuständen trägt die Arbeiterschaft selbst. Die besten und tatkräftigsten Mannschaften leisten Heeresdienst und die Dabeimgebliebenen verzeihen ihre Kraft in einem lokalen Verein, das Feuerwerk gewerkschaftlichen Wert hat. Es kann aber nur dann eine Besserung der Zustände erfolgen, wenn sich alle Kollegen ihrer Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, anschließen.

15 000 Morgen Brachland. Zu der unter dieser Überschrift erschienenen Notiz schreibt uns ein Leser: In der Nähe meiner Wohnung liegt ein Stück Brachland. Ein Schild zeigt an, daß es als Lagerplatz zu vermieten ist. In der Hoffnung, daß das Stück in Kriegszeiten auch als Brachland verpachtet werde, statt daß es bisweilen nach Jahren mal als Lagerplatz einen Mieter findet, erkundigte ich mich bei dem Verwalter; doch bekam ich den Bescheid, daß das Land nur als Lagerplatz verpachtet wird, weil es dann mehr Geld bringt. Ebenso erging es mir bei einer Nachfrage Simplonstraße, Ecke Hohenlohebrücke. Dort sagte mir eine Frau, die eine Laube in der Nähe hat, daß schon sehr viele Personen danach gefragt hätten. Das Stück sei im ganzen als Lagerplatz für 300 M. verpachtet.

Die juristische Sprechstunde fällt am Mittwoch (Dinstag) aus.

Kriegsbekanntmachungen.

Berlin, 18. November. (B. L. Z.) Am 20. November 1916 ist eine Bekanntmachung betreffend Bestandserhebung von Vorräten der Spinnpapierindustrie erschienen. Hiernach sind monatlich zu melden: Die Vorräte an Katronen (Sulfat-) Zellstoff; Papier jeder Art, ganz oder teilweise aus Katronen (Sulfat-) Zellstoff hergestellt, sofern die Vorräte 1000 Kilogramm übersteigen; aus reinem Sulfatzellstoff hergestelltes Spinnpapier; Papiergarn jeglicher Art, Zellstoffgarn und Papiermüllgarn wie Terzill, Tertiole, Garne mit Polyester usw., sofern die Vorräte 250 Kilogramm übersteigen; Papiermaschinen, welche Spinnpapier herstellen; Streifenwickelmaschinen für Spinnpapier; bestimmte Spinnmaschinen.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Berlin, 18. November. (B. L. Z.) Am 21. November 1916 ist eine Bekanntmachung Bestandserhebung von Werkzeugmaschinen veröffentlicht worden. Hiernach unterliegen die in der Bekanntmachung näher bezeichneten Gegenstände, insbesondere Drehbänke, Abstemmaschinen, Revolverbänke, Fräsmaschinen, Schleifmaschinen, Bohr- und Fräsmaschinen, Vertikal-Bohr- und Drehwerke, Schaping-, Stoß- und Hobelmaschinen, Automaten, Hinterdrehbänke, Zentriermaschinen, Pressen und Stangen, Kufwurfs-, Luft- und Fallhämmer sowie Abtropfpresen einer genau geregelten Meldepflicht, soweit die Maschinen nicht voll und ausschließend für eine längere Dauer als zwei Monate vom 21. November 1916 ab für Kriegszwecke beschäftigt sind.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, Zentrale Berlin-Niederschlesien, Rittersgraben 10/20, schreibt uns zu der Nachricht, daß in einem Restaurant an der Friedrichstraße 80 Zentner Zillertal Käse beschlagnahmt worden sind, die von dem Wagen „einer Konsumgenossenschaft“ gebracht worden waren: Unsere Genossenschaft hat mit dem Vorgang nichts zu tun, es handelt sich auch nicht um einen Wagen unserer Genossenschaft.

Mangelhafte Zahlkarten. Zahlkarten neuerer Art werden vielfach nicht ordnungsmäßig ausgefüllt. Die Mängel rühren zum Teil schon von dem Absender her. Insbesondere unterlassen diese die Angabe ihres Namens und ihres Wohnortes auf dem Hauptteil oder auf dem Abschnitte. Durch die mangelhafte Ausfüllung wird die Geschäftsbearbeitung verzögert. Die Annahmecommissare sind angewiesen, den Absender auf das Fehlen des Namens aufmerksam zu machen. Lehnt der Absender die Vervollständigung ab, so hat künftig der Annahmecommissar dies nachzuholen. Der Absender wird zuvor befragt, ob er damit einverstanden ist.

Die Wärmehallen geöffnet. Infolge der eingetretenen kalten Witterung sind Montag in der Dudenstraße, Stadtbahnbogen 97-100, die Wärmehallen eröffnet worden. (Auf den beiden veränderten Rechenzettelbüchern des Komitees der Wärmehallen kommen wir morgen zurück.)

Einbringung von Holz und dergleichen nach Berlin. Das Polizeipräsidium bringt in Erinnerung: Der Brennholz, unverschleiftes Bau- und Kuchholz, Birkenreis, Weiden, Aien, Pflast- und Leleholz in die hiesige Reichszone einbringt, hat sich auf Ersuchen der Forst- und Polizeibeamten durch eine Bescheinigung der Polizeibehörde seines Wohnortes oder durch einen glaubwürdigen Ausweis des Eigentümers desjenigen Waldes, aus dem die Gegenstände kommen, oder dessen Stellvertreter, den rechtlichen Erwerb darzutun. In diesen Ausweisen müssen die Mengen und die Gattung des Holzes usw., und zwar die erlenen mit Buchstaben ausgedrückt sein. Holzberechtigigte haben sich mit einem gleichen Ausweise zu versehen, in dem außerdem der Tag der Einbringung und die Beförderungsmitel anzugeben sind. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung.

Unter dem Verdachte der Höchstpreisüberschreitung. Gegen den Inhaber der Buttergroßhandlung „Presto“, den Kaufmann Paul Verna u., ist Anzeige erstattet worden, daß er große Mengen Butter und Käse unter Überschreitung der Höchstpreise verkauft habe. Teilweise soll Verna u. die geltenden Höchstpreise um hundert Prozent überschritten haben. Verna u. besitzt in der Berliner Straße zu Wilmersdorf ein großes, gutgehendes Geschäft und hat einen erheblichen Teil der kleinen Händler im Westen Berlins und der westlichen Vororte versorgt. Verna u. wurde polizeilich vernommen, indes nicht, wie hiesige Zeitungen berichteten, verhaftet. Er behauptet, nur in einem Falle privat aus Gefälligkeit Käse besorgt zu haben. Verna u. war für die bevorstehenden Wilmersdorfer Stadtverordnetenwahlen von der Freien Fraktion als Kandidat aufgestellt.

Tödlicher Straßenbahnunfall. Als Montag nachmittag in der Gerthofstraße von Neukölln ein Straßenbahnwagen der Linie 7 mit einem dort stehenden Anhängewagen verbunden werden sollte, wobei auch einige Fahrgäste schieben halfen, geriet ein Fahrer zwischen beide Wagen und erlitt so schwere Quetschungen, daß er bald nachher starb. Ein zweiter Straßenbahnfahrer erlitt Kopfverletzungen.

Vermehrte Ausgabe von Angellarten. Die Winnenfischerei wird während des Krieges in bedeutend geringererem Umfang ausgeübt als in Friedenszeiten, weil viele Fischer zum Heeresdienst einberufen sind. Die königl. Regierung in Potsdam hat nun den Fischereigenossen gestattet, eine größere Anzahl von Angellarten auszugeben; für Tiefwerder sind beispielsweise 100 Angellarten im Jahre 1917 mehr zugelassen worden als bisher. Fernlich liegen die Verhältnisse in anderen Dörfern der Gegend.

Aus den Gemeinden.

Reutlin. Der Magistrat Reutlin hat gleich in der ersten Zeit des Krieges eine Wareneinkaufsstelle errichtet, deren Leitung einem mit kaufmännischen und wirtschaftlichen Fragen vertrauten Beamten übertragen wurde. In ständigem Ausbau wurde sie mit den wachsenden Aufgaben derartig erweitert, daß sie sich von einem großkaufmännischen Warenhaus auch hinsichtlich der Entschl. und Bewegungsfreiheit im selbständigen Handeln nicht unterscheidet. Abgesehen von dem ständigen Verkehr mit den für die Verteilung der Lebensmittel zuständigen Reichsstellen erwidert die Wareneinkaufsstelle im freien Handel alles nur Erreichbare. Die Angebote werden zumeist an Ort und Stelle geprüft und der Ankauf getätigt. Beispielsweise hat die Stadt Verträge mit Fischfängern und Mähdrehsen an der Ostsee, wonach diese ihre gesamte Produktion täglich an die Wareneinkaufsstelle abliefern. Mit den immer schwieriger werdenden Einfuhrverhältnissen wurde die Peranfassung von See- und Sähwasserfischen aller Art, Mähdrehsen, Fischkonzerben usw. organisiert. Mit Genehmigung der J. E. S. sind 12 000 Ruten Mähdrehsen in der Einfuhr begriffen. Es kommt seinerzeit Tausende von lebenden

Fischnern preiswert zum Verkauf gelangen. Zur Sicherstellung der Winterverorgung mit Gerlingen, Gemüse usw. sind Maßnahmen getroffen, so sind 8000 Zentner Rohrkräben, 6000 Zentner Rogh, 2000 Zentner Kefel usw. auf Lager oder unterwegs. Dazu kommt die Beschaffung von Vorräten an Radeln, Graupen, Weizengrieß, Maisgrieß, Erbsen, Bohnen, Zwiebeln, Kaka, Trockenmilch und kondensierter Milch, Bückingpulver, Nährfische sowie Mineralien aller Art, so daß man sich ein ungefähres Bild von der umfangreichen Tätigkeit dieser städtischen Einrichtung machen kann.

Charlottenburg. Tödlich verunglückt ist bei dem Versuch, einen Straßenbahnwagen während der Fahrt zu besteigen, der 17-jährige Kellner Hans Becker, Sohn des Cafetiers Becker in Charlottenburg. Er kletterte auf den Straßenbahnwagen der Linie 11 zu springen, trat fehl und geriet unter den Anhängewagen. Obgleich der Straßenbahnzug sofort zum Stehen gebracht wurde, konnte der Verunglückte nur als Leiche unter dem Wagen hervorgezogen werden.

Charlottenburg. Bürgermeister Dr. Maier wird heute Dienstag, abends pünktlich 1/9 Uhr, im Viktoria-Studienhaus, Charlottenburg, Berliner Str. 87/88 (am Arie) einen Vortrag über „Kommunale Kriegsversorgung“ halten.

Köpenick. Das Spielen mit einem Revolver hat wieder einmal schweres Leid über eine Familie gebracht. Der 14 Jahre alte einzige Sohn des pensionierten Beamten Schiät aus Rabensdorf-Mühle besuchte als Untertertianer die Köpenicker-Ober-Realschule in Köpenick. Sein Vater steht seit 17 Jahren im Felde und nur dadurch kam es, daß der Junge seinen Revolver in die Hände bekam. Er verfiel auf den unheiligen Gedanken, die Waffe zur Schule mitzunehmen, ohne zu wissen, daß sie noch eine Schrotpatrone enthielt. Auf dem Hofe zeigte er Mitschülern den Revolver, legte ihn zum Scherz oberhalb der rechten Schläfe an den Kopf, drückte ab und brach tot zusammen.

Berichtszeitung.

Mit gestohlenem Geißpann nach Leipzig.

Eine Erntefahrt nach Leipzig mit einem gestohlenen Geißpann hatte der Arbeiter Max Heil unternommen, der gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der I. Strafkammer des Landgerichts II stand. Der Angeklagte nahm unter dem falschen Namen „Paul König“ eine Stelle als Kutsher bei der Handelsfrau Pehel an. Er versprach, sein Arbeitszeugnis, welches er angeblich verlegt hatte, innerhalb zweier Tage beizubringen, widrigenfalls er, wie ihm Frau Pehel androhte, nicht weiter im Dienst belassen werden könnte. Am zweiten Tage seiner Tätigkeit hatte der Angeklagte Pferd und Wagen abends in Stall und Remise gebracht und Frau P. hatte sich in dem Verwahrsein, daß nun alles besorgt war, in ihre dem Stallgebäude gegenüberliegende Wohnung zurückgezogen. Der Angeklagte aber begab sich nicht zur Ruhe, sondern lehrte heimlich in den Stall zurück, spannte ein Pferd im Werte von 1000 M. vor den Wagen, belud diesen mit Heu und Futter im Werte von 300 M. und mit einem größeren Posten Mähdrehsen und fuhr schleunigst davon. Seine unbefugte Geschäftstour, auf der er noch und nach die Mähdrehsen verkaufte, nahm einen großen Umfang an, denn er landete schließlich in Leipzig, wo er dabei abgefaßt wurde, als er versuchte, Pferd und Wagen zu verkaufen. Er hielt es dann für zweckmäßig, den „wilden Mann“ zu spielen, doch ergab seine Beobachtung in Herzberge, daß der § 51 des Strafgesetzbuches auf ihn keine Anwendung finden kann. — Mit Rücksicht auf den großen Vertrauensbruch verurteilte die Strafkammer den Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft.

W. Konflikt zugunsten eines Berliner Markthalleninspektors.

Nach der Berliner Markthallenordnung ist der Verkauf von Waren durch Angestellte nur mit Genehmigung des Verwalters (Inspektors) der betreffenden Markthalle gestattet; die Erlaubnis wird dem Standinhaber widerrufen. Der Markthalleninspektor Köppinghausen hatte infolge mancherlei Beschwerden den Blumenhändler L., der in der Markthalle einen Stand hatte, zur Entlassung seiner Verkäuferin A. aufgefordert, also die erteilte Genehmigung zu ihrer Beschäftigung widerrufen. Auf eine Frage der Frau L. erklärte der Inspektor, die Verkäuferin habe wiederholt öffentliches Ärgernis erregt. Diese Äußerung des Inspektors bezog sich auf die den Beschwerden zugrunde liegenden Vorgänge. Die Verkäuferin hat öfter, zum Teil gegen Leute aus dem Publikum, wenn sie ihr nichts ablaufen, zum Teil gegenüber anderen Händlern Ausdrücke gebraucht, die man, ganz gesagt, unschön nennen kann, und unter denen eine Äußerung vorfam, wie sie Wöh von Verhöhnungen geschrieben wird. Durch die Worte, sie habe wiederholt öffentliches Ärgernis erregt, fühlte sich die Verkäuferin A. beleidigt. Sie erhob die Beleidigungsklage gegen den Inspektor. — Darauf erhob der Oberpräsident zugunsten des Inspektors den Konflikt und verlangte Einstellung des Verfahrens, weil sich der Beamte im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten habe.

Das Obergericht erklärte die Klage für begründet und entschied dahin, daß das Verfahren gegen den Inspektor einzustellen sei. Nach der Markthallenordnung und der Dienstvorschrift habe der Markthalleninspektor auf die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sitte in der Markthalle zu sehen. Insbesondere hat er auch darauf zu achten, ob der Standinhaber eine bestimmte Person als Verkäuferin halten dürfe. Auf Grund einer stattgehabten Beweisaufnahme sehe es nun der Senat als ungewiss an, daß die Verkäuferin wirklich öffentliches Ärgernis erregt habe. Somit hätte der Inspektor mit der beanstandeten Äußerung nichts anderes gesagt, als was nach dem objektiven Tatbestand gesagt werden konnte. Nach dem allgemeinen Sprachgebrauch könne in dem, was vorfam, öffentliches Ärgernis gefunden werden. Danach sei positiv festzustellen, daß der Beamte seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe. Die Folge sei nach dem Konfliktgesetz die Einstellung des Klageverfahrens gegen ihn.

Aus aller Welt.

Seefürme.

London, 19. November. Neuer meldet: Ein gewaltiger Sturm, der über die britischen Inseln ging, hat in der Schifffahrt ein Verstrüßungswert angerichtet, besonders an der irischen Küste. Eine Anzahl von Dampfern ist gesunken oder aufgelaufen, andere haben beschädigt in den Häfen Zuflucht gesucht. Viele Menschen sind umgekommen. (B. L. Z.)

Bern, 20. November. Aus Genua wird gemeldet, daß an der liguirischen Küste ein Unwetter den außerordentlichen Heftigkeit gewütet und sehr schweren Schaden angerichtet hat. Unter anderem wurde die Eisenbahn Genua-Spezia an drei Punkten unterbrochen. An einer Stelle gingen die Wellen über einen Güterzug hinweg. Der Heizer wurde durch die Macht der Wellen schwer verwundet und starb; ein anderer wurde schwer verletzt. Ungeheurer Sachschaden wurde angerichtet. In Genua erreichten die Wellen einige Läden, die überschwemmt wurden. Aus Rom wird gemeldet, daß infolge heftiger Regengüsse der Tiber ufervoll ist. (B. L. Z.)

Deutchen i. Oberöchl., 20. November. (B. L. Z.) Die seit gestern umgehenden Gerüchte von einem größeren Verunglück auf der Peinigrube oder einer anderen Grube der Gieschenschen Verwaltung sind, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, völlig unzutreffend.

Gelsenkirchen, 20. November. (Z. N.) In einem hiesigen Puhwargengeschäft brach Feuer aus. Zwei Mädchen sprangen aus dem oberen Stockwerk. Die eine blieb tot liegen, die andere ist schwer verletzt.

Hann., 20. November. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß der amerikanische Dampfer „Siberia“ (11284 Dr-

R.-Z.) bei East Woodwin Sands in der Nähe von Dover ge-
trandet und sich in Not befindet. Es ist nicht möglich, die
Boote niederzulassen, und das Schiff bittet überall um Hilfe.

Ein kostbares Wrack. Amsterdam, 20. November. Ein hiesiges
Blatt meldet aus London, daß ein britischer Dampfer, der
vor einigen Jahren an der südamerikanischen Küste gestrandet,
als Wrack für 1500 Pfund Sterling verkauft und wieder flott
gemacht worden war, jetzt um 820 000 Pfund weiter verkauft
worden ist.

Parteiveranstaltungen.

Berlin-Oberbismarckstraße. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei
Barnack: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.
Gedächtnis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille: Ver-
sammlung des Wahlvereins.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland die
Wittwoch mittig. Heutige heiter, jedoch nachmittags wolken-
reich und besonders östlich der Oder öfter geringe Niederschläge. In den
Tagesstunden ziemlich milde, nachts, besonders im Osten ziemlich frisch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Möbel-
polierer

Emil Hering
Kantauer Str. 22
im Alter von 50 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Deckler

Otto Mau
Unterpöner Str. 47
im Alter von 60 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
03/10 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges
starb am 8. November an den
Folgen seiner schweren Ver-
wundung im Lazarett mein
lieber Mann, treuherziger
Vater seiner Kinder, Bruder,
Schwager, Onkel, der Landwirt
140K

Rudolf Riedel
Im noch nicht vollendetem Lebens-
jahr.
Im Namen aller Hinter-
bliebenen
Erliebt Riedel geb. Winkler
als Frau nebst Kindern.
Berlin, Lützowstr. 68.
Mit der Sehnsucht im Herzen
nach seinem Lieben,
Mit der Sehnsucht im Herzen
Nicht er gebilben.
Wär jeder so wie er,
Wär's weder Krieg noch Not.
Wär Sohn des Volkes stark er,
Wär bis in den Tod.
Lieber Vater, schlaf in Ruh,
Unsere Liebe deckt Dich zu.

Zu seinem Sterbetage!
Am 20. November starb im
Feldlazarett mein lieber Bräutigam,
der Schäge

Gustav Fröhlich.
Gefahren! Welch' schrecklich lau-
tende Kunde, wie traf sie vorhin
Jahr mich so schwer und grub
mir ins Herz eine Wunde, die
nimmer vernarben wird mehr.
Du schickst hat Dich der Tod ereilt,
mein Lebensglück gestört. Wenn
auch die Welt die Wunden heilt,
vergessen, nein, ach nimmermehr.
In schmerzlicher Erinnerung
Agnes Kühn als Braut.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
gegründet 1898
Brunnenstr. 56-57
Große Auswahl
in schwarzer Konfektion.
Auf Wunsch Rahmfertigung
in 8 Stunden.
Kundensorgen sofort u. gratis.
Auswahlfertig, bereitwilligst.
Fernstr. N. Norden 85/10.

**Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek**
Jedes Heft 20 Pfg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
braucht Männer,
die fähig sind, an dem großen
wirtschaftlichen Wettstreit teil-
zunehmen, der eine unbedingte
Folge des Weltkrieges sein muß
und eine tiefgreifende Aenderung
unseres gesamten wirtschaftlichen
Lebens herbeiführen wird.
Überall werden
gebildete u. leistungsfähige
Mitarbeiter gesucht

**Branchen-Versammlungen:
Laden- und Kontormöbel-
tischler**
heute Dienstag, den 21. Nov. 1916, abends 6 Uhr,
bei Merkmann, Große Frankfurter Str. 16.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Sonstige Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Sargtischler
heute Dienstag, den 21. Nov. 1916, abends 8 1/2 Uhr,
bei Schröder, Vohlgangener Straße 5.
Tagesordnung:
Das Ergebnis unserer Teuerungszulage bis zum 1. Oktober.
03/11 Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentau,
Friedrichstr. 123 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
222/16 störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8

Reuters Werke
3 Jahre 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Spezialarzt
für Haut-, Horn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder
Art. Ehrlich-Hata-Kuren,
Friedrichstr. 81, gegenüber
Sprdt. 12-2, 1/2-1/2, 9. Sonntag
11-2. Honorar mäßig, u. Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

S. Preussisch-Fränkische (234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

6. Klasse 12. Ziehungstag 20. November 1916. Vormittag
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle
gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr N. E. L. f. S.) (Nachdruck verboten)

015 329 415 611 712 815 916 1009 07 83 110 56 287 355	1000 771 905 2600 938 2067 280 80 380 450 872 605 15 32	716 047 71 2002 3 20 119 46 383 94 (1000) 391 401 608 29	4059 130 45 258 475 77 93 608 11 (500) 28 40 628 730 953	73 808 282 493 699 742 8100 93 607 718 85 809 941 713	88 655 834 596 6064 134 412 22 702 11 85 809 214 (500)	619 81 698	
10288 281 98 605 903 32 1115 56 (1000) 85 305 (500) 37	890 74 99 12104 604 (1000) 981 13390 191 400 566 803 97	920 14306 99 454 647 701 627 15182 (500) 301 41 (500) 84 484	741 82 801 16104 708 61 693 17081 169 511 759 804	18100 232 289 448 635 67 774 95 859 897 19145 318 (500)	601 19 902 72 (500) 97		
20147 12 (500) 289 3 58 79 92 97 (1000) 608 71 706 47 69	881 21145 312 447 632 89 683 985 22083 119 (500) 32 81	155 200 477 (500) 199 827 96 500 (1000) 61 23000 119 62 227	600 874 24000 35 124 79 500 14 (500) 430 613 (500) 623	640 80 (500) 95 25065 189 840 477 506 527 45 101 6 10	11600 28 21800 260 (1000) 430 625 782 66 853 915 73 (500)	27018 75 77 127 225 210 (1000) 560 95 40 62 601 23 804 (500)	28115 63 458 39 728 866 22005 92 474
30023 271 498 654 624 (1000) 97 (500) 9800 980 (1000) 14	71 87 31204 409 615 718 81 851 975 32063 102 242 95 540	412 775 94 333 69 352 485 712 (500) 885 3402 48 (1000)	42 183 (500) 88 222 100 604 9 69 77 62 758 60 (500) 80 85 840	350024 20 224 322 422 804 795 813 36008 329 37 447 674 30	734 (500) 525 52 27088 80 127 439 (1000) 62 613 73 921	74 30132 459 631 606 78 602 10 30092 351 605 6 662 69	
40070 329 482 636 19 642 778 836 (1000) 909 41143 90	352 606 680 (500) 805 800 (500) 48 48 (500) 10 (1000) 42062	34 (1000) 89 128 291 801 404 67 84 (500) 605 63 (500) 43111	230 61 67 68 93 407 32 44013 116 37 68 (500) 259 304 6 60 569	695 714 801 955 48095 194 946 465 699 606 17 182 810 48289	324 492 765 913 47084 162 (500) 476 651 663 68232 90 532	733 68 930 49070 179 241 54 65 660 79	
50003 153 (500) 647 741 78 842 81020 41 61 723 (500)	300 852 646 (1000) 751 819 87 924 82010 23 27 259 71 300	601 (500) 821 703 85 823 75 823 854 (500) 74 712 75 808	64 8408 (500) 2100 246 47 548 (1000) 700 25 27 846 5 5062	215 (500) 599 474 (500) 799 (1000) 808 944 59 90 97 8202	642 (500) 870 879 85 600 769 83 81 808 87194 (500) 492	840 (500) 78 649 62 77 769 67 80 6068 59 147 803 29	410 682 (500) 763 87 824 87 80143 309 433 813 77 (500) 87
60008 48 244 398 555 794 951 95 61038 116 73 65 403	629 737 848 61 958 82091 (500) 207 87 326 47 64 95 401 547	62314 10 (500) 254 84 305 489 637 (500) 663 736 (500) 49	651 85 658 64112 360 629 96 805 9 99 85184 236 638 69	661 80 (500) 16 990 88077 376 (1000) 448 635 733 (500) 63	668 67162 654 798 83154 42 99 376 619 (500) 646 903	68070 150 20 244 453 43 602 97 695 887	
70008 71245 (1000) 427 (1000) 592 693 796 72064 434	692 226 73023 60 (500) 71 100 504 (500) 30 226 623 30 77	673 996 74110 245 48 479 633 75121 41 (1000) 732 76026	680 (500) 254 426 69 649 798 895 952 83 77055 298 220 738	703 6 (500) 21 78000 11 39 169 81 211 14 654 69 849 (1000) 628	709 0 99 117 87 623 659 81		
80111 788 87 828 483 95 864 742 87 90 999 81147 369	611 87 640 845 86 86 (500) 99 82068 116 296 336 41 42 75	419 654 742 858 932 82025 66 737 43 68 901 81 84006 18	789 (500) 638 37 (1000) 688 752 927 85091 66 (500) 106 205	300 17 62 793 99 808 941 70 82 80088 (500) 145 296 301 449	606 66 714 87011 17 146 76 78 214 (500) 514 623 744 83 968	609 (500) 80848 20 22 85 310 (500) 120 400 13 45 50 4 713 70	632 91 (1000) 590 80235 42 412 88 631 (500) 659
90105 148 82 283 615 771 91045 165 600 759 (500) 818	80205 (500) 169 215 693 698 940 54 95 93300 169 343 501	107 14 22 63 614 42027 300 695 68 86 (500) 833 915 18	805 248 95 361 658 713 935 86113 305 444 60 (1000) 710	840 67234 948 95 416 58 533 75121 41 (1000) 732 76026	843 85 (500) 80803 35 103 324 803 712 15 18 81023 774	843 85 (500)	
100308 348 905 77 10209 70 78 258 447 607 10301 309	613 781 (1000) 427 689 (500) 671 808 25 942 72 104025 128 47	509 30 21 15 66 625 748 893 669 79 105003 107 10 12 219	470 871 (1000) 745 803 (500) 106172 301 412 795 807 107139	808 208 505 505 57 663 761 838 108306 (500) 882 (500) 670	820 721 87 109090 63 118 340 400 51 50 60 580 000 713 64	820 721 87	
110000 98 121 310 (1000) 43 77 80 97 11048 171 893	812 (500) 68 112057 106 212 38 305 461 529 773 827						

S. Preussisch-Fränkische (234. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

6. Klasse 12. Ziehungstag 20. November 1916. Vormittag
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle
gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr N. E. L. f. S.) (Nachdruck verboten)

09 11292 219 654 82 900 71 114218 84 218 82 473 (500)	85 528 705 817 84 115100 412 874 (1000) 116027 225 803	117028 63 179 296 809 714 812 118039 182 (1000) 226 860	726 00 805 46 (1000) 80 900 118090 71 79 232 81 377 43 77	643 881 325 60						
120066 192 95 88 90 367 91 (500) 803 (500) 684 801 942	(500) 12192 261 (500) 84 77 (500) 609 671 802 (500) 69	122105 308 60 84 405 825 732 957 123095 183 289 384 (500)	426 90 686 800 (500) 694 74 124276 607 629 85 925 125078	241 (500) 60 440 89 640 65 710 73 874 822 (500) 87 91 126003	195 207 331 449 65 127201 46 (500) 69 405 45 563 (500) 373	128021 106 348 84 129003 68 126 311 31 456 399				
130348 67 138 46 317 453 80 833 82 (500) 131109 278 88	92 331 29 424 621 (1000) 84 94 917 18 122016 16 712 33	97 857 130130 71 221 99 369 (500) 935 134008 164 79 222	276 349 79 512 43 669 98 135025 329 63 685 707 739 87	137023 399 448 625 733 98 138004 107 44 260 (500) 307 95	436 74 649 798 923 139040 407 63 43 941 (500) 90 73					
140307 20 269 63 534 622 980 141031 22 106 27 (500)	20 (500) 250 279 85 475 (500) 64 600 830 903 14 142113	642 648 74 142013 20 44 111 35 897 729 99 144022 86	210 391 601 76 871 56 145116 60 67 296 374 98 705 60 (500)	819 148125 482 593 70 654 33 90 819 147154 (1000) 287	565 462 72 619 510 69 148025 28 270 376 460 509 14 543	74 78 903 (500) 143071 39 550 713 288				
150127 208 124 801 69 151033 (500) 115 63 308 435 448	83 624 927 (1000) 992 152014 90 118 28 414 63 711 86 (500)	95 913 22 153026 302 523 613 65 88 802 901 11 24 154047	70 204 27 364 33 (500) 410 (1000) 578 618 730 887 158030 30	382 (1000) 79 408 23 631 812 32 (500) 23 95 159012 59 159	307 87 66 (500) 483 504 18 97 (1000) 712 82 826 83 900 (500)	157300 (500) 76 473 529 729 94 62 158018 107 219 (500)	401 19 39 78 324 (500) 29 61 64 684 (500) 525 52 944 169229	368 778		
160116 162 27 (500) 587 663 (500) 759 854 951 (500) 177	161201 79 644 46 624 706 904 162013 (1000) 104 88 2621 485	79 85 773 827 163093 18 67 245 610 768 912 164114 41 10	635 742 947 168071 147 212 875 663 693 728 90 (500) 984	168047 102 78 145 465 74 798 858 81 167178 98 212 490 863	66 50 642 304 11 168073 (500) 168 298 634 48 77 607 91	733 44 82 221 169129 84 205 346 653 94 697 308 80 (500)	903			
170099 197 200 200 448 (500) 87 788 965 171884 425 940	89 728 87 907 172289 307 137 437 (500) 607 719 71 97 173003	15 459 651 83 85 718 980 30 603 174007 622 905 869 90 97	175019 28 130 220 (500) 65 (1000) 941 73 691 628 725 883 97	178012 173 568 77 250 63 83 244 687 726 65 177081 250	61 623 (1000) 796 803 28 178001 30 74 422 698 83 656 714	180 170191 306 82 (500) 430 38 32 624 65 634 967 88				
180072 135 268 365 896 (1000) 87 (500) 966 (1000) 94	181073 211 46 407 652 707 907 182036 (1000) 301 94 658 729	183023 92 (500) 208 440 538 92 931 778 184000 109 21 28	65 214 352 (500) 691 560 663 185149 264 97 451 834 906 24	186006 (500) 65 317 690 782 187398 486 514 (1000) 821	(75 000) 67 693 189002 368 (500) 483 598 648 718 42 92	808 186015 70 185 87 343 504 44 98 631 761 77 820 66 (500)	77 983			
190095 475 733 971 191078 168 449 807 44 849 192309	58 615 23 602 193028 60 141 97 666 958 216 (1000) 968	194300 454 645 701 (500) 70 944 821 195255 65 95 302 32	805 98 619 32 60 759 923 196098 844 99 414 (1000) 77 622	734 979 197022 116 32 356 82 416 18 21 34 621 617 659 84	(500) 198004 (500) 122 238 47 822 195073 97 228 307 484	688 (1000) 914 (1000) 871 682				
200076 159 308 (500) 41 82 92 458 830 (500) 795 91 48	814 19 53 978 201183 263 413 (500) 604 31 647 714 926 99	202014 70 362 71 60 (1000) 401 661 776 203026 219 303	204025 390 487 605 15 782 205092 (500) 63 277 87 304	427 74 504 728 891 206005 212 320 445 638 827 832 7027	67 207003 27 121 267 352 69 209 (1000) 835 254 946 69	208001 121 250 353 433 323 31 62 (500) 200015 133 671	92 (500) 707 49			
210021 354 814 24 72 654 79 70 70 3 14 16 807 8 87	211021 141 334 (500) 69 450 89 891 808 942 47 212000 31 48	87 290 405 535 792 213257 85 404 44 948 619 223 214327 (500)	465 613 798 998 82 215057 98 311 94 619 23 45 28 97 624 54	711 87 49 587 216000 183 269 71 (500) 400 89 631 (1000) 88	719 84 902 49 77 217210 306 414 250 669 781 833 92 948	218047 93 124 222 51 554 604 834 658 219098 99 103 40	200 31 380 418 87			
220113 629 601 753 953 82 221025 (1000) 83 317 60 411	43 804 724 97 811 56 665 68 222118 293 288 646 (500) 863	787 870 78 86 (500) 916 223110 (1000) 295 17 28 305 629 679	797 800 (500) 84 905 224005 174 839 (500) 834 64 804 841	914 72 225011 200 417 40 67 608 20 49 808 (500) 81 85	226006 61 85 160 301 360 400 (500) 634 64 97 623 700 43	61 (500) 835 83 78 84 948 78 227026 244 99 470 741 228068	183 209 97 412 41 894 228047 437 669 47 704 82 816 940 84	230005 44 281 482 91 639 47 642 964 231199 263 564	950 232183 (1000) 648 (500) 852 407 505 69 705 91 933 60	233003 433 589 609 810 810 99 75 86
Verzeichnis Vermögensgegenstände vom 18. November 1916. (Konten)	123171 (500) 123177 (500) und nachfolgend 126 929 (500) 126 929 (500)									

S. Preussisch-Fränkische (234